Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Schweizerisches Handelsamtsblatt = Feuille officielle suisse du commerce = Foglio ufficiale svizzero di commercio**

Band (Jahr): **47 (1929)**

Heft 193

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Bern
Dienstag, 20. August
1929

Schweizerisches Handelsamtsblatt

Berne
Mardi, 20 août
1929

Feuille officielle suisse du commerce · Foglio ufficiale svizzero di commercio

Erscheint täglich
ausgenommen Sonn- und Feiertage

XLVII. Jahrgang — XLVIIme année

Paraît journellement
dimanches et jours de fête exceptés

Monatsbeilage
Wirtschaftliche und sozialstatistische Mitteilungen

Supplément mensuel
Rapports économiques et Statistique sociale

Supplemento mensile
Rapporti economici

N° 193

Redaktion und Administration:
Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements — **Abonnement:** *Schweiz:* Jährlich Fr. 24.30, halbjährlich Fr. 12.30, vierteljährlich Fr. 6.30, zwei Monate Fr. 4.30, ein Monat Fr. 2.30 — *Ausland:* Zuschlag des Porto — Es kann nur bei der Post abonniert werden — Preis einzelner Nummern 15 Cts. — Annoncen-Regie: Publicitas A. G. — Insertionspreis: 50 Cts. die sechsgespaltene Kolonelzelle (Ausland 65 Cts.)

Rédaction et administration:
Division du commerce du Département fédéral de l'économie publique — **Abonnement:** *Suisse:* un an fr. 24.30, un semestre fr. 12.30, un trimestre fr. 6.30, deux mois fr. 4.30, un mois fr. 2.30 — *Etranger:* Plus frais de port — On s'abonne exclusivement aux offices postaux — Prix du numéro 15 cts. — Régie des annonces: Publicitas S. A. — Prix d'insertion: 50 cts. la ligne de colonne (l'étranger 65 cts.)

N° 193

Inhalt — Sommaire — Sommario

Abhanden gekommene Werttitel. — Titres disparus. — Titoli smarriti. / Handelsregister. — Registre du commerce. — Registro di commercio.

Mitteilungen — Communications — Comunicazioni

Handelsübereinkunft zwischen der Schweiz und Frankreich vom 8. Juli 1929. — Convention de commerce entre la Suisse et la France conclue le 8 juillet 1929. / Internationaler Postgiroverkehr. — Service international des virements postaux.

Amtlicher Teil — Partie officielle — Parte ufficiale

Abhanden gekommene Werttitel — Titres disparus — Titoli smarriti

Durch Beschluss des Zivilgerichtes des Kantons Glarus vom 17. August 1929 sind folgende Werttitel kraftlos erklärt worden:

a) Dividenden-Coupons Nrn. 11, 12 und 13 zu 140 Stück kum. Prioritätsaktien der Schweizerisch-Amerikanischen Stickerei-Industrie-Gesellschaft in Glarus, Nrn. 61318/322, 64299/300, 64541/547, 65076/095, 71001/006, 71958/967, 72041/060, 85989/998, 86389/393, 86511/530, 86591/600, 86369/378, 87846/850, 60218, 81420/23, 81411/415;

b) Dividenden-Coupons Nr. 11 zu 6 Stück kum. Prioritätsaktien der gleichen Gesellschaft Nrn. 85999/86004. (W 322)

Glarus, den 17. August 1929. Namens des Zivilgerichtes:
Der Gerichtspräsident: Dr. F. Schindler.
Der Gerichtsschreiber: Dr. H. Heer.

Handelsregister — Registre du commerce — Registro di commercio

I. Hauptregister — I. Registre principal — I. Registro principale

Bern — Berne — Berna

Bureau Bern

1929. 16. August. **Eidgenössische Bank (Aktiengesellschaft) (Banque fédérale [Société anonyme]),** mit Hauptsitz in Zürich und verschiedenen Zweigniederlassungen, worunter eine in Bern (S. H. A. B. Nr. 281 vom 29. November 1928, Seite 2269). In der Generalversammlung vom 2. März 1929 wurde die Erhöhung des Aktienkapitals von bisher 70,000,000 Franken auf 100,000,000 Franken beschlossen, durch Ausgabe weiterer 60,000 Inhaberaktien zu Fr. 500. Gleichzeitig wurde eine teilweise Statutenrevision durchgeführt. Die ausserordentliche Generalversammlung vom 10. Juli 1929 hat die Durchführung der Erhöhung festgestellt. Das Aktienkapital beträgt somit nun 100,000,000 Franken und ist eingeteilt in 200,000 auf den Inhaber lautende, voll einbezahlte Aktien zu Fr. 500. Paul A. Gugelmann und Léon L. Robert sind infolge Todes aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden. Neu wurden in den Verwaltungsrat gewählt: Werner Stauffacher, Direktor, von und in Basel, und Conrad Wirth-von Muralt, Industrieller, von und in Zürich.

Bureau Interlaken

14. August. Unter der Firma «The American Express Company, Incorporated» wurde am 20. Februar 1919 nach der Gesetzgebung des Staates Connecticut (Vereinigte Staaten von Nordamerika) eine Gesellschaft gegründet, welche ihr Hauptbureau für den Staat Connecticut in Hartford (Connecticut) und dasjenige für den Staat New York in der Stadt New-York selbst, Broadway 65, Manhattan New York, hat. Die Gesellschaft ist eingetragen im Register der Gesellschaft der Grafschaft New-York unter Nr. 400/10284. Der Zweck und der Geschäftsbereich der Gesellschaft umfassen im wesentlichen den Betrieb von Reisebureaux, das Bankfach in allen seinen Erscheinungsformen, das Speditions- und Transportgeschäft, sowie endlich alle andern in der Gründungsurkunde aufgezählten Betätigungsgebiete, auf welche hier ausdrücklich verwiesen wird. Die Höhe des genehmigten Aktienkapitals beträgt $ 6,000,000, eingeteilt in 60,000 Aktien zu je $ 100 nominal und ist gänzlich einbezahlt. Die Aktien sind im Aktienbuch auf den Namen des Trägers eingetragen. Die Dauer der Gesellschaft ist unbegrenzt. Ein bestimmtes Publikationsorgan ist weder in den Statuten noch in der Gründungsurkunde näher bezeichnet. Der Verwaltungsrat der Gesellschaft besteht aus folgenden Mitgliedern: Alexander James Strange, Astor Vincent Williams, Brooks Howard Keyes, Harding James Horace, Harris Albert Hall, Milhurn John George, Pratt Harold Irving, Small Frederick Percival, Vanderbilt Cornelius, alle amerikanischer Nationalität, Banquiers, und wohnhaft in New York. Diese Gesellschaft hat unter der Firma **The American Express Company, Incorporated, Hartford & New-York, Filiale Interlaken,** mit Sitz in Interlaken, eine weitere Zweigniederlassung in der Schweiz errichtet (Zweigniederlassungen bestehen bereits in Luzern, Zürich, Basel und Genf). Für diese Zweigniederlassung führen die rechtsverbindliche Einzelunterschrift: Frederick P. Small, Präsident; Geo Weston, Schatzmeister; Howard A. Smith, Vizepräsident; alle amerikanischer Nationalität und in New-York wohnhaft; ferner William Jeffrey Thomas, Vizepräsident und Generaldirektor für Europa, englischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Paris (Frankreich) und Gawen P. Kenway, Vizepräsident, amerikanischer Nationalität, wohnhaft in London; alle von Beruf Banquiers. Es führen Kollektivunterschrift: Dennis L. Harmon, Direktor für die Schweiz, amerikanischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Zürich; Jules W. Egli, Direktor der Filiale Zürich, von Nottwil, Luzern, wohnhaft in Zürich; ferner per procura: Willy E. Seiler, Geschäftsführer der Filiale Interlaken, von Bönigen, in Interlaken, und Willy Metzger, Prokurist, von Zürich, in Interlaken. Geschäftslokal: Höheweg 33, Interlaken.

Malergeschäft. — 15. August. Inhaber der Einzelfirma **Walter Friedrich Oehrli,** in Interlaken, ist Walter Friedrich Oehrli, von und in Interlaken. Auto-, Wagen-, Schriften- und Dekorationsmalerei. Gartenstrasse.

Eichstätte, Büchsenmacherei. — 15. August. Inhaber der Einzelfirma **J. Walter Rüegsegger,** in Interlaken, ist Johann Walter Rüegsegger, von Röthenbach i. E., in Interlaken. Eichstätte und Büchsenmacherei. Unionsgasse.

Luzern — Lucerne — Lucerna

1929. 14. August. Unter der Firma **Isolierplattenfabrik Wigga A. G.** bildet sich, mit Sitz in Reiden, eine Aktiengesellschaft auf unbestimmte Dauer. Die Statuten datieren vom 1. August 1929. Die Gesellschaft bezweckt die Uebernahme mit Aktiven und Passiven und Weiterführung des Geschäftes der Kommanditgesellschaft «Roth & Cie. Wigga», in Reiden, ferner die Fabrikation und den Vertrieb von «Wigga» Isolierplatten für elektrische und gewerbliche Zwecke, sowie Beteiligung an ähnlichen Unternehmungen. Die Gesellschaft übernimmt gemäss Uebernahmevertrag vom 26. Februar 1929 und laut Bilanz und Inventar auf 28. Februar 1929 die Aktiven (sämtliches Werkzeug, Materialien, Mobilien, Debitoren, Patente) im Betrage von Fr. 17,893 und die Passiven (Kreditoren und Bank) im Betrage von Fr. 2825.50. Für diese Uebernahme wird keinerlei Entschädigung geleistet. Ferner übernimmt die Gesellschaft von Kaspar Roth, in Reiden, die auf dessen persönlichen Namen lautenden Patentgesuche Nrn. 58155/56 und dessen Schweizerpatent Nr. 127112 zum Preise von Fr. 3000, ebenfalls gemäss Uebernahmevertrag vom 26. Februar 1929. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt Fr. 30,000, eingeteilt in 60 auf den Namen lautende Aktien von 500 Franken. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft an Dritte erfolgen im Schweizerischen Handelsamtsblatt. Der Verwaltungsrat besteht aus 1—3 Mitgliedern, welche von der Generalversammlung gewählt werden. Gegenwärtig besteht der Verwaltungsrat aus folgenden 3 Mitgliedern: Präsident ist Max Elmiger, Bankverwalter; Aktuar und Geschäftsleiter ist Josef Hunkeler, alt Baumeister, und weiteres Mitglied ist Josef Häfliger, Gemeindeammann und Landwirt; alle sind von und wohnhaft in Reiden. Der Verwaltungsrat setzt die Zeichnungsberechtigungen fest. Die rechtsverbindliche Unterschrift führen der Präsident Max Elmiger und der Geschäftsleiter Josef Hunkeler in Einzelzeichnung.

14. August. **Darlehenskassenverein Escholzmatt-Marbach,** Genossenschaft, mit Sitz in Escholzmatt (S. H. A. B. Nr. 160 vom 13. Juli 1926, Seite 1289). An Stelle des zurückgetretenen Nikodemus Petermann, dessen Unterschrift erloschen ist, wurde als Vizepräsident mit Kollektivunterschrift in den Vorstand gewählt: Martin Furrer, Kaplan, von Schongau, in Escholzmatt.

Dental-Depot. — 16. August. Inhaber der Firma **Giuseppe Lepek,** in Luzern, ist Giuseppe Lepek, von Crana (Tessin), wohnhaft in Luzern. Dental-Depot. Klosterstrasse Nr. 3.

Nidwalden — Unterwald-le-bas — Unterwalden basso

1929. 16. August. Aus dem Verwaltungsrat der Aktiengesellschaft unter dem Namen **Prodorite S. A.,** mit Sitz in Stans (S. H. A. B. Nr. 283 vom 2. Dezember 1927, Seite 2123), ist das Mitglied Aymon Pictet ausgeschieden; dessen Unterschriftsberechtigung ist erloschen. An der ordentlichen Generalversammlung vom 27. Juni 1929 wurde als Mitglied des Verwaltungsrats gewählt: Pierre Lombard, Bankier, von Genf, in Malagny. Die Mitglieder des Verwaltungsrates zeichnen rechtsgültig kollektiv zu zweien.

Glarus — Glaris — Glarona

Beteiligungen usw. — 1929. 8. August. Laut Statuten vom 8. Juli 1929 ist, mit Sitz in Glarus und auf unbeschränkte Dauer, unter der Firma **Emmy A. G. Glarus** eine Aktiengesellschaft gegründet worden. Zweck der Gesellschaft ist die Beteiligung an Industrie-Unternehmen aller Art. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt Fr. 20,000, eingeteilt in 20 Namenaktien zu Fr. 1000, welche voll einbezahlt sind. Offizielles Publikationsorgan ist das Schweizerische Handelsamtsblatt. Der Verwaltungsrat besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern. Zurzeit ist einziges Mitglied Dr. jur. Rudolf Gallati, Rechtsanwalt, von und in Glarus. Der Genannte führt die rechtsverbindliche Einzelunterschrift für die Gesellschaft und es befindet sich bei ihm auch das Rechtsdomizil.

8. August. Laut Statuten vom 8. Juli 1929 ist, mit Sitz in Glarus und auf unbestimmte Dauer, unter der Firma **Alpha Vermögensverwaltungsgesellschaft Glarus,** eine Aktiengesellschaft gegründet worden. Zweck der Gesellschaft ist die Beteiligung an Industrie-Unternehmungen aller Art. Das Grundkapital beträgt Fr. 20,000, eingeteilt in 20 Namenaktien von je Fr. 1000, welche voll einbezahlt sind. Offizielles Publikationsorgan der Gesellschaft ist das Schweizerische Handelsamtsblatt. Der Verwaltungsrat besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern. Zurzeit ist einziges Mitglied Dr. jur. Rudolf Gallati, Rechtsanwalt, von und in Glarus. Der Genannte führt die rechtsverbindliche Einzelunterschrift für die Gesellschaft und es befindet sich bei ihm auch das Rechtsdomizil.

Freiburg — Fribourg — Friburgo

Bureau de Fribourg

Café. — 1929. 16 août. La maison **Ursule Tacchini,** café Marcello, à Fribourg (F. o. s. du c. du 10 septembre 1925, nº 210, page 1541), est radiée ensuite de renonciation de la titulaire.

Mitteilungen — Communications — Comunicazioni

Handelsübereinkunft zwischen der Schweiz und Frankreich

vom 8. Juli 1929

Wie in der Tagespresse mitgeteilt worden ist, wurde am 8. Juli dieses Jahres in Bern eine neue Handelsübereinkunft zwischen der Schweiz und Frankreich unterzeichnet. Dieselbe soll an die Stelle derjenigen vom 20. Oktober 1906 treten, die, soweit es den Text anbelangt, zurzeit noch provisorisch in Kraft steht.

Die in den Listen A (Einfuhr in Frankreich) und B (Einfuhr in die Schweiz) der neuen Uebereinkunft aufgeführten Tarifvereinbarungen sind aus den Handelsabkommen vom 21. Januar und 11. März 1928 (siehe die Beilagen zu den Nrn. 22 und 65 des Handelsamtsblattes vom 27. Januar und 17. März gleichen Jahres) herübergenommen worden, haben aber durch die neue Uebereinkunft einige Ergänzungen erfahren.

Das **Unterzeichnungsprotokoll** enthält Zusatzvereinbarungen zum Text der neuen Uebereinkunft und zu den Tarifen der beiden Länder. Die Unterzeichnungsprotokolle zu den Tarifabkommen vom 21. Januar und 11. März 1928 haben im neuen Unterzeichnungsprotokoll ebenfalls Aufnahme gefunden.

Wir veröffentlichen nachstehend in Uebersetzung den Text der neuen Uebereinkunft, die in den Listen A und B getroffenen neuen Tarifvereinbarungen und das Unterzeichnungsprotokoll mit Ausnahme der Bestimmungen, die schon in den Unterzeichnungsprotokollen zu den Abkommen von 1928 enthalten sind.

Die neue Uebereinkunft soll vorbehaltlich ihrer Ratifikation durch die Parlamente der beiden Länder am 15. September nächsthin provisorisch in Kraft treten.

Eine Ausnahme gilt bezüglich der neuen Tarifvereinbarungen für die Einfuhr in Frankreich (Liste A), die, soweit sie eine Abänderung des französischen Zolltarifs zur Folge haben, erst nach der Ratifikation der Uebereinkunft durch das französische Parlament in Kraft gesetzt werden können.

I. Text der Uebereinkunft

Artikel 1

Die hohen vertragschliessenden Teile vereinbaren, sich gegenseitig bedingungslos und uneingeschränkt die Behandlung der meistbegünstigten Nation zu gewähren in allem, was die Zoll- und jegliche Nebenabgaben und die Art der Erhebung der Abgaben betrifft, wie auch bezüglich der Bedingungen, Förmlichkeiten und Lasten, denen die Zollabfertigung allfällig unterliegt.

Demnach sollen die Boden- und Gewerbeerzeugnisse eines jeden der hohen vertragschliessenden Teile in den genannten Beziehungen keinesfalls andern oder höhern Abgaben, Gebühren oder Lasten oder andern oder lästigeren Bedingungen und Förmlichkeiten unterworfen werden, als die Erzeugnisse gleicher Art irgendeines dritten Landes unterworfen sind oder sein werden.

Ebenso sollen die Boden- und Gewerbeerzeugnisse, die aus dem Gebiete eines jeden der hohen vertragschliessenden Teile in das Gebiet des andern Teiles ausgeführt werden, keinesfalls andern oder höhern Abgaben, Gebühren oder Lasten oder lästigeren Bedingungen und Förmlichkeiten unterworfen werden, als die gleichen, für das Gebiet irgendeines andern Landes bestimmten Erzeugnisse unterworfen sind oder sein werden.

Alle Vorteile, Vergünstigungen, Vorrechte und Abgabefreiheiten, die von einem der beiden vertragschliessenden Teile in den vorgenannten Beziehungen den aus irgendeinem andern Lande stammenden oder für irgendein anderes Land bestimmten Boden- und Gewerbeerzeugnissen gewährt worden sind oder noch gewährt werden, sollen sofort und ohne Gegenleistung auf die Erzeugnisse gleicher Art angewendet werden, die aus dem Gebiete des andern vertragschliessenden Teiles stammen oder für dessen Gebiet bestimmt sind.

Artikel 2

Die im Artikel 1 umschriebenen Verpflichtungen erstrecken sich nicht auf:

a) Vergünstigungen, die andern angrenzenden Staaten gegenwärtig oder künftig zur Erleichterung des Grenzverkehrs in einer Ausdehnung von höchstens 15 Kilometern beiderseits der Grenze gewährt werden;
b) Vergünstigungen, die sich aus einer gegenwärtig oder künftig von einem der vertragschliessenden Teile abgeschlossenen Zollvereinigung ergeben;
c) Rechte und Vorrechte, die durch einen der vertragschliessenden Teile künftig dritten Staaten in mehrseitigen Verträgen, an denen der andere Teil sich nicht beteiligt, gewährt werden, sofern diese Rechte und Vorrechte in mehrseitigen, unter den Auspizien des Völkerbundes abgeschlossenen, durch ihn eingetragenen und allen Staaten zum Beitritt offen stehenden Verträgen von allgemeiner Tragweite festgesetzt sind, sofern diese Rechte und Vorrechte nur in diesen Verträgen festgesetzt sind und ihr Genuss dem andern vertragschliessenden Teile neue Vorteile sichert, und sofern endlich der andere vertragschliessende Teil nicht Gegenrecht gewährt.

Artikel 3

Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 1 hiervor bleiben die in der Liste A aufgeführten, aus dem schweizerischen Zollgebiet stammenden und herkommenden Boden- und Gewerbeerzeugnisse bei ihrer Einfuhr in das französische Zollgebiet im Genuss der in dieser Liste angegebenen Zölle.

Diese Zölle bleiben anwendbar, solange der amtliche Index der Grosshandelspreise um nicht mehr als 20 % gegenüber dem Stand vom Monat Januar 1928 abweicht.

Wenn diese Abweichung eintritt, können die Zölle im Verhältnis zum Index erhöht und müssen im gleichen Verhältnis herabgesetzt werden, wobei jedoch die Berichtigung erst am Ende eines Vierteljahres erfolgen kann.

Dasselbe Verfahren soll im gleichen Verhältnis und unter den gleichen Bedingungen bei jeder spätern Aenderung des Indexes der Grosshandelspreise angewendet werden.

Die Zollherabsetzungen dürfen jedoch 60 % der im Tarif angegebenen Ansätze nicht übersteigen.

Artikel 4

Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 1 hiervor bleiben die in der Liste B aufgeführten, aus dem französischen Zollgebiet stammenden und herkommenden Boden- und Gewerbeerzeugnisse bei ihrer Einfuhr in das schweizerische Zollgebiet im Genuss der in dieser Liste angegebenen Zölle.

Die Zahlung der Zölle kann in nach Goldparität berechneter Schweizerwährung verlangt werden.

Artikel 5

Die hohen vertragschliessenden Teile verpflichten sich, den Handel nicht durch irgendwelche Verbote oder Beschränkungen der Einfuhr oder Ausfuhr zu hindern. Die folgenden Ausnahmen sind zulässig unter der Bedingung, dass sie auf alle Länder oder auf die Länder, bei denen die gleichen Voraussetzungen zutreffen, angewendet werden:

a) Verbote oder Beschränkungen mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit;
b) Verbote oder Beschränkungen aus Gründen der Sittlichkeit oder der Menschlichkeit;
c) Verbote oder Beschränkungen mit Beziehung auf Waffen, Munition und Kriegsgerät oder — unter ausserordentlichen Umständen — auf jeden andern Kriegsbedarf;
d) Verbote oder Beschränkungen zum Schutze der öffentlichen Gesundheit oder zum Schutze von Tieren oder Pflanzen gegen Krankheiten, Insekten und Schädlinge;
e) Ausfuhrverbote oder -beschränkungen zum Schutze des künstlerischen, historischen oder archäologischen Nationalbesitzes;
f) Verbote oder Beschränkungen, dazu bestimmt, auf fremde Erzeugnisse die Rechtsordnung auszudehnen, die im Inlande für Erzeugung, Handel, Beförderung und Verbrauch gleichartiger einheimischer Erzeugnisse gilt;
g) Verbote oder Beschränkungen für Erzeugnisse, die gegenwärtig oder künftig im Inlande in bezug auf Erzeugung oder Handel Gegenstand von Staatsmonopolen oder von solchen Monopolen sind, die unter Aufsicht des Staates ausgeübt werden.

Diese Uebereinkunft berührt nicht das Recht der hohen vertragschliessenden Teile, Massnahmen zum Verbot oder zur Beschränkung der Ein- oder Ausfuhr zu treffen, um unter aussergewöhnlichen und anormalen Umständen die lebenswichtigen Interessen des Landes zu schützen.

Wenn Maßnahmen dieser Art getroffen werden, so muss es so geschehen, dass sich daraus keine willkürliche unterschiedliche Behandlung zum Nachteil des andern vertragschliessenden Teiles ergibt. Ihre Dauer muss auf das Fortbestehen der Gründe oder Verhältnisse beschränkt sein, die sie veranlasst haben.

Artikel 6

In allen Fragen der internationalen Durchfuhr werden die hohen vertragschliessenden Teile in ihren gegenseitigen Beziehungen die Bestimmungen des Uebereinkommens und des Statuts von Barcelona über die Freiheit des Durchgangsverkehrs vom 20. April 1921 anwenden.

Artikel 7

Bei ihrer Einfuhr sollen keinen andern oder höhern Zöllen oder Abgaben unterworfen werden, als wenn sie unmittelbar aus dem Ursprungsland eingeführt worden wären:

a) die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des schweizerischen Zollgebietes, die über das Gebiet eines oder mehrerer dritter Länder in das französische Zollgebiet eingeführt werden, wie auch die Boden- und Gewerbeerzeugnisse dritter Länder, die über das schweizerische Gebiet in das französische Zollgebiet eingeführt werden, vorausgesetzt dass diese Transporte unmittelbar und ohne Benutzung des Seeweges erfolgen;
b) die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des französischen Zollgebiets, die über das Gebiet eines oder mehrerer dritter Länder in das schweizerische Zollgebiet eingeführt werden, wie auch die Boden- und Gewerbeerzeugnisse dritter Länder, die über das französische Gebiet in das schweizerische Zollgebiet eingeführt werden.

Artikel 8

Jeder der hohen vertragschliessenden Teile behält sich das Recht vor, die aus dem Gebiete des andern Teils eingeführten Erzeugnisse Abgaben zu unterwerfen, wenn die gleichen Erzeugnisse im Innern des Landes mit einer Fabrikations- oder andern Abgabe belastet sind oder aus Stoffen hergestellt werden, die einer solchen Abgabe unterliegen.

Die innern Abgaben, die im Gebiete des einen der hohen vertragschliessenden Teile, für wessen Rechnung auch immer, auf der Erzeugung, der Zubereitung, dem Umlauf oder dem Verbrauch einer Ware liegen oder liegen werden, dürfen die Erzeugnisse der andern Partei unter keinem Vorwand mit einem höhern Ansatz oder in lästigerer Weise treffen als die gleichartigen inländischen Erzeugnisse und diejenigen des meistbegünstigten Landes.

Keiner der hohen vertragschliessenden Teile wird die Einfuhr von Gegenständen, die auf seinem Gebiete oder auf dem Gebiete seiner Kolonien, Protektorate und Mandate nicht erzeugt werden, unter dem Vorwand der innern Besteuerung mit neuen oder erhöhten Abgaben belegen.

Die Erzeugnisse, die den Gegenstand von Staatsmonopolen bilden, sowie die zur Herstellung von monopolisierten Erzeugnissen verwendbaren Stoffe, wie auch die Waren, zu deren Herstellung monopolisierte Erzeugnisse verwendet worden sind, können zur Sicherung des Monopols bei der Einfuhr einer Zuschlagsabgabe auch in dem Falle unterworfen werden, wo die gleichartigen Erzeugnisse oder Stoffe des Inlandes einer solchen nicht unterliegen.

Diese Abgabe soll zurückerstattet werden, wenn innerhalb einer Frist von drei Monaten nachgewiesen wird, dass die besteuerten Stoffe eine die Herstellung eines Monopolartikels ausschliessende Verwendung gefunden haben.

Artikel 9

Gemäss Artikel 11 der am 3. November 1923 in Genf unterzeichneten internationalen Uebereinkunft für die Vereinfachung der Zollformalitäten wird bei der Einfuhr der Waren im allgemeinen die Vorlage von Ursprungszeugnissen nicht gefordert. Wenn jedoch einer der hohen vertragschliessenden Teile die Waren eines dritten Landes mit höheren Abgaben belegt als die Waren des andern Teiles oder wenn er die Waren eines dritten Landes Einfuhrverboten oder -beschränkungen unterwirft, denen die Waren des andern Teiles nicht unterliegen, so kann er, wenn erforderlich, die Anwendung der ermässigten Abgaben auf die Waren des andern Teiles oder deren Zulassung zur Einfuhr von der Beibringung von Ursprungszeugnissen abhängig machen.

Die Ursprungszeugnisse können entweder von den Zollbehörden oder von den zuständigen Handelskammern ausgestellt werden oder auch von jeder andern Stelle, die das Ausfuhrland bezeichnet und das Einfuhrland anerkannt hat. Die Zeugnisse müssen den von den genannten Stellen vorgeschriebenen und von der Zollverwaltung des Bestimmungslandes genehmigten Mustern entsprechen.

Für die Zeugnisse, die nicht von den Zollbehörden ausgestellt oder nicht von ihr beglaubigt sind, kann die konsularische Beglaubigung verlangt werden. Die Zeugnisse sollen von den Konsularbehörden des Bestimmungslandes bei Sendungen, deren Wert 500 französische Franken oder 100 Schweizerfranken nicht übersteigt, kostenlos beglaubigt werden. Bei Sendungen mit einem höheren Wert darf die Gebühr für die konsularische Beglaubigung 25 französische Franken oder 5 Schweizerfranken nicht übersteigen.

Für Postpakete sowie für die mit der Post und die auf dem Luftwege beförderten Sendungen werden keine Ursprungszeugnisse verlangt.

Wenn Waren, die aus einem dritten Lande stammen, nicht unmittelbar aus dem Ursprungsland, sondern auf dem Wege über das Gebiet eines der hohen vertragschliessenden Teile in das Gebiet des andern eingeführt werden, so werden die hohen vertragschliessenden Teile die von den zuständigen Stellen des andern Teiles ausgestellten Ursprungszeugnisse, sofern sie den Vorschriften entsprechen, in gleicher Weise annehmen wie die im Ursprungsland ausgestellten, ausser bei Verdacht der Zollhinterziehung oder des Missbrauchs. Die vorstehenden Bestimmungen über die Verpflichtung zur konsularischen Beglaubigung und den Betrag der Konsulargebühr sind auf die für die Waren eines dritten Landes ausgestellten Ursprungszeugnisse anwendbar; keinesfalls darf die Konsulargebühr höher sein als diejenige, die im Ursprungsland erhoben worden wäre.

In allen Fällen, wo der eine der hohen vertragschliessenden Teile dem andern mitteilt, dass Zweifel entstanden sind über die Richtigkeit eines Ursprungszeugnisses oder dass bei der Ausstellung oder bei der Verwendung eines Zeugnisses betrügerische Handlungen erfolgt sind, wird der Teil, an den die Beschwerde gerichtet ist, sofort eine besondere Untersuchung über den angeführten Tatbestand veranlassen, deren Ergebnisse dem beschwerdeführenden Teil mitteilen und nötigenfalls alle in seiner Macht stehenden Massnahmen zur Verhinderung weiterer ungehöriger oder betrügerischer Handlungen dieser Art ergreifen. Keinesfalls soll einer der hohen vertragschliessenden Teile durch seine eigenen Organe auf dem Gebiete des andern Teiles Nachforschungen vornehmen lassen.

Artikel 10

Wenn die eingeführten Erzeugnisse einem Wertzoll unterliegen, so ist für die Verzollung derjenige Wert anzugeben, den die Waren an dem Ort und zu dem Zeitpunkt haben, wo sie zur Verzollung gestellt werden. Er umfasst den Kaufpreis der Ware zuzüglich aller für die Einfuhr bis zum Einfuhrort notwendigen Kosten (Transport, Fracht, Ausfuhrzölle, Versicherung, Kommission, Wert der nicht getrennt zu verzollenden Umschliessungen usw.) unter Ausschluss der Einfuhrzölle. Der in dieser Weise berechnete Wert soll jedoch gegebenenfalls gemäss den etwaigen nach dem Kauf eingetretenen Preisveränderungen berichtigt werden.

Die Zollanmeldung muss auf Grund einer Rechnung erfolgen, die von der Konsularbehörde des Bestimmungslandes beglaubigt ist. In Anbetracht der Garantien, die sich die hohen vertragschliessenden Teile gegeben haben, und unter der Bedingung der Gegenseitigkeit wird jedoch das Einfuhrland zulassen, dass die konsularische Beglaubigung ersetzt wird durch eine Beglaubigung der zuständigen Stellen des Ausfuhrlandes, die die nötige Gewähr bieten und von der Regierung des Einfuhrlandes vorher anerkannt worden sind. Diese Genehmigung kann zurückgezogen werden, wenn festgestellt wird, dass diese Stellen nicht mehr die nötige Gewähr bieten.

Gegebenenfalls sollen die diplomatischen und konsularischen Vertreter die Rechnungen für Sendungen, deren Wert 500 französische Franken oder 100 Schweizerfranken nicht übersteigt, kostenlos beglaubigen. Bei Sendungen mit einem höheren Wert darf die Gebühr 25 französische Franken oder 5 Schweizerfranken nicht übersteigen.

Für Postpakete sowie für die mit der Post und die auf dem Luftweg beförderten Sendungen werden keine beglaubigten Rechnungen verlangt.

Wenn Zweifel über die Richtigkeit einer beglaubigten Rechnung entstehen, so finden die Bestimmungen von Artikel 9, Absatz 6, analoge Anwendung.

Artikel 11

Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende des einen der hohen vertragschliessenden Teile sowie ihre Reisenden sollen gegen Vorweisung einer von den Behörden ihres Landes ausgestellten Ausweiskarte befugt sein, unter Beobachtung der vorgeschriebenen Förmlichkeiten in dem Gebiete des andern Teiles bei Kaufleuten oder in offenen Verkaufsstellen oder bei Personen, welche die Waren erzeugen, Warenankäufe zu machen. Sie können ferner bei Kaufleuten oder bei andern Personen, in deren Gewerbebetrieb Waren der angebotenen Art Verwendung finden, Bestellungen aufnehmen, sind berechtigt, Warenproben und Muster, jedoch keine Waren mitzuführen, und werden wegen der in diesem Absatz bezeichneten Tätigkeit keinerlei Steuern und Abgaben unterworfen.

Die Ausweiskarten müssen dem Muster entsprechen, das in der am 3. November 1923 in Genf unterzeichneten internationalen Uebereinkunft für die Vereinfachung der Zollformalitäten aufgestellt ist. Eine konsularische oder andere Beglaubigung wird nicht verlangt.

Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen, den Hausierhandel und das Aufsuchen von Bestellungen bei Personen, die weder ein Gewerbe ausüben noch Handel treiben; die hohen vertragschliessenden Teile behalten sich in dieser Hinsicht die volle Freiheit ihrer Gesetzgebung vor.

Artikel 12

Die Handels-, Industrie- und Finanzgesellschaften, einschließlich der Transport- und Versicherungsgesellschaften, die nach den Gesetzen des einen der hohen vertragschliessenden Teile rechtsgültig errichtet sind und auf dessen Gebiet ihren Sitz haben, werden im andern Lande rechtlich anerkannt, sofern sie keinen unerlaubten oder unsittlichen Zweck verfolgen; ihre Fähigkeit und ihr Recht, vor Gericht aufzutreten, richten sich nach ihren Statuten und nach den Gesetzen ihres Heimatlandes.

Die nach der Gesetzgebung eines der hohen vertragschliessenden Teile errichteten Gesellschaften können, vorbehältlich der Erfüllung der nach den geltenden Landesgesetzen und Verordnungen vorgeschriebenen Formalitäten, ihre Geschäfte auf das Gebiet des andern Teiles ausdehnen, dort Rechte erwerben, diese dort ausüben und dort ihre wirtschaftliche Tätigkeit entfalten.

Artikel 13

In allen Fragen der Eisenbahntransporte werden die hohen vertragschließenden Teile in ihren gegenseitigen Beziehungen die Bestimmungen des Uebereinkommens und des Statuts über die internationale Rechtsordnung der Eisenbahnen anwenden, die am 9. Dezember 1923 in Genf abgeschlossen worden sind.

Die Schiffe des einen der hohen vertragschliessenden Teile, ihre Besatzungen und ihre Ladungen geniessen in den Binnengewässern des andern Teiles ebenso wie in dessen dem Verkehr geöffneten Binnenhäfen die gleiche Behandlung wie die Schiffe, Besatzungen und Ladungen des meistbegünstigten Staates.

Hinsichtlich aller mit der Binnenschiffahrt verbundenen Abgaben und Gebühren wird jeder der hohen vertragschliessenden Teile auf seinen Binnenschiffahrtswegen oder in seinen dem Verkehr geöffneten Binnenhäfen die Schiffe des andern Teiles, deren Besatzungen und Ladungen gleich günstig behandeln wie seine eigenen Schiffe, Besatzungen und Ladungen.

Die in den beiden vorstehenden Absätzen enthaltenen Bestimmungen finden keine Anwendung auf Transporte, die zwischen zwei Häfen des gleichen inländischen Binnenschiffahrtsnetzes ausgeführt werden.

Alle auf dem Gebiete eines der hohen vertragschliessenden Teile eingetragenen und Staatsangehörigen oder Gesellschaften dieses Teiles gehörenden Schiffe werden im Sinne dieses Abkommens als Schiffe der hohen vertragschliessenden Teile betrachtet.

Artikel 14

Unter der Bedingung der Wiederausfuhr oder der Wiedereinfuhr und unter Vorbehalt von Kontrollmaßnahmen wird gegenseitig die zollfreie Ein- und Ausfuhr zugestanden:

1. für gezeichnete und schon gebrauchte Säcke, Kisten, Fässer aus jeglichem Stoffe, Korbflaschen, Körbe und andere ähnliche Behältnisse, die leer eingebracht werden, um gefüllt wieder zur Ausfuhr zu gelangen, oder die leer wieder eingeführt werden, nachdem sie gefüllt ausgeführt wurden;

2. für Möbelwagen jeder Art sowie für Möbelkasten, ob sie nun die Grenze auf der Strasse oder auf der Eisenbahn überschreiten, aber nur soweit sie nicht zu Inlandtransporten verwendet werden;

3. für Werkzeuge, Instrumente und mechanische Geräte, die zur Vornahme von Montierungs-, Probe- oder Reparaturarbeiten an schweizerischen, in Frankreich aufgestellten oder an französischen, in der Schweiz aufgestellten Maschinen und Apparaten von dem Gebiete des einen der hohen vertragschliessenden Teile in das Gebiet des andern Teiles eingeführt werden;

4. für die zur Ausprobung oder zu Versuchen bestimmten Maschinen, Apparate und deren Teile;

5. für Warenproben und Muster unter den in Artikel 10 der am 3. November 1923 in Genf unterzeichneten internationalen Uebereinkunft für die Vereinfachung der Zollformalitäten bestimmten Bedingungen;

6. für die zur Reparatur in ihrem Ursprungsland bestimmten schweizerischen oder französischen Maschinen und Apparate und einzelnen Teile davon.

Die Frist zur Wiederausfuhr oder Wiedereinfuhr soll für die in den Ziffern 1 und 2 vorgesehenen Fälle nicht weniger als drei Monate und für die übrigen in diesem Artikel vorgesehenen Fälle nicht weniger als sechs Monate betragen.

Artikel 15

Wenn Waren, die aus einem der beiden Länder in das andere befördert wurden, wegen Nichtannahme durch den Adressaten oder aus andern Gründen an den ursprünglichen Absender zurückgesandt werden, so wird bei der Wiederausfuhr auf die Erhebung eines Ausfuhrzolls verzichtet und ein bezahlter oder geschuldeter Einfuhrzoll zurückerstattet bzw. nicht eingefordert, sofern die Waren bis zur Wiederausfuhr in zollamtlichem oder bahnamtlichem Gewahrsam geblieben sind und die Wiederausfuhr in unverändertem Zustande innert der Frist von zwei Monaten nach der Einfuhr erfolgt.

Artikel 16

Goldschmiede- und Bijouteriewaren aus Gold, Silber, Platin oder andern edlen Metallen sollen bei der Einfuhr aus einem der beiden Länder ins andere dem für die gleichartigen Waren einheimischer Fabrikation geltenden Kontrollverfahren unterliegen und vorkommendenfalls nach den nämlichen Grundsätzen wie diese die Stempel- und Garantiegebühren bezahlen.

Die zur Kontrolle und Stempelung der oben bezeichneten Gegenstände gegenwärtig in Bellegarde und in Pontarlier errichteten besondern Bureaux oder diejenigen, die an Stelle dieser beiden Bureaux in jedem andern, nahe an der Schweizergrenze liegenden Orte errichtet werden könnten, sollen während der Dauer dieser Uebereinkunft fortbestehen. Man ist einverstanden, daß die Platin-, Gold- und Silberwaren auch im rohen Zustande kontrolliert werden können, sofern die Arbeiten derart vorgerückt sind, daß sie bei der Fertigstellung keinerlei Veränderung erleiden; ferner, daß die roben und fertigen Uhrenschalen den französischen Kontrollämtern zugesandt werden können, sofern für deren Wiederausfuhr durch eine verbürgte Erklärung (soumission cautionnée) Sicherheit geleistet wird.

Artikel 17

Jeder der hohen vertragschliessenden Teile übernimmt die Verpflichtung, an der gemeinsamen Grenze eine genügende Anzahl Zollämter mit ausreichenden Kompetenzen zu unterhalten.

Die hohen vertragschliessenden Teile werden die Zollabfertigung im gegenseitigen Verkehr soweit erleichtern, als sich dies mit der Zollsicherheit verträgt. Sie verpflichten sich, soweit wie möglich die Uebereinstimmung der Zollstraßen, der Befugnisse und Dienststunden der entsprechenden Zollämter der beiden Länder herzustellen sowie die Anlage von Zollämtern in der Nähe der Grenze möglichst allgemein durchzuführen.

Artikel 18

Die hohen vertragschliessenden Teile werden dafür Sorge tragen, dass ihre Staatsangehörigen von den Zollbehörden so leicht und so schnell wie möglich Auskünfte über die Anwendung der Zölle erhalten können.

Zu diesem Zwecke werden sie sich gegenseitig die Liste der betreffenden Behörden mitteilen.

Wenn der Importeur in seinem Auskunftsgesuch das Zollamt angibt, über das er die Ware einführen will, so wird die erteilte Auskunft durch die Verwaltung dem genannten Zollamt mitgeteilt werden. . . . .

Artikel 19

Die Zolldeklarationen müssen alle für die Verzollung erforderlichen Angaben enthalten; es sollen also darin ausser der Art, der Gattung, der Beschaffenheit, dem Ursprung, der Herkunft und der Bestimmung der Waren je nach Umständen auch deren Gewicht, Anzahl, Maß oder Wert angegeben sein.

Wenn es dem Deklaranten nicht möglich ist, die zu verzollende Warengattung oder Menge anzugeben, so kann ihm das Zollamt gestatten, die Gattung, das Gewicht, das Mass oder die Anzahl auf seine Kosten in einem vom Zollamte bezeichneten oder genehmigten Lokal zu ermitteln, worauf der Importeur die ausführliche Deklaration der Ware innerhalb der von der Gesetzgebung eines jeden Landes bestimmten Fristen auszufertigen hat.

Wenn die in den Rechnungen und Frachtbriefen enthaltenen Angaben zur Ausfertigung der ordnungsgemässen Deklaration nicht genügen, so soll das Zollamt auf Verlangen die Bewilligung erteilen, dass die Ware vor der Abgabe der Deklaration geprüft werden kann.

Artikel 20

Die Bestimmungen der Artikel 1, 2, 7, 8, 9, 14, 15, 18 und 19 finden auf die französischen Kolonien, Protektorate und Mandatgebiete Anwendung.

Artikel 21

Obwohl die Bestimmungen der Artikel 5, 10, 11 und 12 nicht auf die französischen Kolonien Anwendung finden, gewähren sich die hohen vertragschliessenden Teile in jener Hinsicht mit Bezug auf diese Gebiete gegenseitig die Behandlung der meistbegünstigten Nation.

Artikel 22

Die Gewährung der Meistbegünstigung gibt der Schweiz nicht das Recht, zu beanspruchen:

1. die Vorzugsbehandlung, die Frankreich in seinem Zollgebiet gegenwärtig oder künftig den französischen Kolonien, Protektoraten und Mandatgebieten gewährt oder die die französischen Kolonien und Protektorate gegenwärtig oder künftig Frankreich, den französischen Kolonien, Protektoraten und Mandatgebieten gewähren;

2. die Anwendung der im Gebiete von Indochina den Grenzländern dieser Kolonie hinsichtlich der Durchfuhr gewährten tarifarischen und reglementarischen Bestimmungen.

Artikel 23

Die hohen vertragschliessenden Teile sichern sich gegenseitig hinsichtlich der in den nachgenannten Artikeln dieser Uebereinkunft enthaltenen Bestimmungen die Meistbegünstigung zu: 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 15, 16 und 20.

Artikel 24

Streitigkeiten, die sich über die Auslegung dieser Uebereinkunft, mit Einschluss der Anlagen und Zusatzbestimmungen, ergeben, werden auf Verlangen eines der hohen vertragschliessenden Teile einem Schiedsgericht unterbreitet. Dies gilt auch für die Entscheidung der Vorfrage, ob sich die Streitigkeit auf die Auslegung der Uebereinkunft bezieht. Die Entscheidung des Schiedsgerichtes soll verbindliche Kraft haben.

Artikel 25

Diese Uebereinkunft tritt an die Stelle derjenigen vom 20. Oktober 1906, des Zusatzabkommens vom 21. Januar 1928 und des Ergänzungsabkommens vom 11. März 1928.

Sie ist für die Dauer eines Jahres abgeschlossen. Sie unterliegt der Ratifikation und tritt 20 Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Paris erfolgen soll, in Kraft.

Falls sie nicht drei Monate vor ihrem Ablauf gekündigt wird, so gilt sie als stillschweigend verlängert, und jedem Teile steht alsdann das Recht zu, sie jederzeit auf sechs Monate zu kündigen.

II. Neue Tarifvereinbarungen in den Listen A und B (Listen A und A¹, B und B¹ der Tarifabkommen von 1928)

Liste A (Einfuhr in Frankreich)

Tarifnummer		
Zu 98	Schokolade. Bei der Gewichtsbestimmung des in der Schokolade enthaltenen Kakaos werden die Nährstoffe, andere als Zucker, die sich in anderm als gemahlenem Zustande in den Erzeugnissen finden, nicht als Kakao gerechnet.	
aus 205bis	Ferrochrom:	vom Wert
	geläutert bis auf 0,70 bis 0,20 % Kohlenstoff	12 %
	geläutert bis auf 0,20 % oder weniger Kohlenstoff	15 %
		kg
0390	Bromisovalerylharnstoff	35.—
0391	Bromdiäthylacetylharnstoff	65.—
0392	Phenyläthylbarbitursäure (Luminal)	75.—
aus 294	Schwefelanthrachinonderivate	12.—
aus 404, 405, 406, 411	Gesundheitskrepp aus Baumwollgewebe, roh, gereinigt, gebleicht, gefärbt oder ganz oder zum Teil aus gebleichtem oder gefärbtem Garn hergestellt	5.50
459bis	6 a Maschinenstickereien auf Baumwollgewebe.	

Zu den Ansätzen der Maschinenstickereien aus Baumwollgarn auf glattem, reinem Baumwollgewebe (mit Kette und Schuss), sogenannten Volants, bei denen der unbestickte Teil des Gewebes merklich breiter ist als der bestickte Teil, werden die Stickereien dieser Art auch dann verzollt, wenn sie einen einfachen Saum aufweisen.

Allgemeine Bestimmung betreffend die bestickten Artikel

III. Als nicht konfektioniert sind die Motive, wie Blumen usw. anzusehen, die durch Vereinigung oder Uebereinanderlegung von Stickereien gebildet werden, selbst wenn die Vereinigung oder Uebereinanderlegung Näharbeit, einen Knopf oder ähnliche Zubehör aufweist.

Als nicht konfektioniert sind zu betrachten die Stickereimeterware und die Motive, die aus Verbindungen von Stickereien, Verbindungen von Stickereien und Spitzen oder Tüll und Verbindungen von Stickereien, Spitzen und Tüll hergestellt sind, selbst wenn die Vereinigung durch Näh- oder Stickereiarbeit erfolgt ist.

Als nicht konfektioniert ist die Stickereimeterware anzusehen, die nur einen einfachen Saum aufweist.

533quinquies	Teile von Turbinen usw.	
	Anmerkung. Die Leiträder (diaphragmes) aus Grauguss oder aus Grauguss und Stahl werden zu den Zöllen der Einzelteile von Maschinen der Nr. 535bis A zugelassen.	
aus 535bis A	Spindeln für Spinn- und Zwirnmaschinen mit Ausnahme der elektrischen Spindeln für künstliche Spinnstoffe:	100 kg
	im Gewichte von:	
	weniger als 700 g	400.—
	700 g und mehr	240.—
		100 kg netto
aus 567	Flanschen und Röhrenverbindungsstücke aller Art aus Eisen, schmiedbarem Guss, Stahl oder Gussstahl, geschweisst oder ohne Schweissnaht, roh oder bearbeitet	125.—

Liste B (Einfuhr in die Schweiz)

Bindung der folgenden Zollansätze:

Tarif-Nr.		100 kg
82	Wildbret- und Wildgeflügelkonserven	30.—
85	Geflügelkonserven	30.—
167	Kalldünger; Stassfurter Abraumsalze	0.10
168	Chlorkalium	0.10
	Schuhe und Pantoffeln:	
196	— aus Geweben aller Art, ohne Ledersohle	120.—
197	— aus Filz, ohne Ledersohle	120.—
405	Jutegewebe, roh, mit weniger als 9 Fäden auf 5 mm im Gevlert	4.—
321	Bücher, gedruckte.	
	Anmerkung. Touristische Propagandapublikationen über französische Städte und Gegenden, in Form von Führern, Broschüren, Albums usw., auch illustriert, werden zum Ansatz dieser Nummer von 5 Fr. per 100 kg zugelassen.	
	Kleidungsstücke, Wirk- und Strickwaren aller Art: mit Besatz oder Futter aus Pelzwerk oder Federn:	
554 a	— Damenmäntel aus Wollgewebe, mit Pelzbesatz am Kragen, an den Aermelaufschlägen und am untern Manteisaum	100 kg 500.—
554 b	— andere	800.—
619	Portlandzement.	
	Anmerkung. Der langsam erhärtende sog. «Superciior»-Zement wird zum Ansatz dieser Nummer von Fr. 1.40 per 100 kg zugelassen.	
968	Pflanzensäfte, eingedickt, usw.	
	Anmerkung. Produkte mit Phosphorzeig für die Vertilgung von Ratten und Mäusen sowie vergiftete Körner, sog. «tue-sourls», werden zum Ansatz dieser Nummer von Fr. 20.— per 100 kg zugelassen.	

II². Unterzeichnungsprotokoll

Allgemeine Bestimmungen

Zu Artikel 2

Wenn auch die hohen vertragschliessenden Teile in der vorliegenden Uebereinkunft entsprechend der bisherigen Uebung anerkennen, daß die bestehenden Zollvereinigungen Ausnahmen vom Grundsatz der Meistbegünstigung bilden, so beabsichtigen sie damit keine Meinung hinsichtlich der Bildung neuer Zollvereinigungen auszusprechen.

Nach Kenntnisnahme der Schriftstücke, die dem von der französischen Delegation übergebenen Aide-mémoire vom 21. Juni 1929 beigeiegt waren, erklärt die schweizerische Delegation, daß sie sich nicht auf die in der am heutigen Tage unterzeichneten Uebereinkunft vorgesehene Meistbegünstigung berufen wird, um die besonderen Vorteile, welche die in Frankreich als Sachlieferungen zugelassenen deutschen Waren genießen, zu beanspruchen.

Zu den Artikeln 3 und 4

Wenn der Eingangszoll auf einem in das Gebiet des einen der hohen vertragschliessenden Teile eingeführten Erzeugnis von dem für eine andere Ware festgesetzten Zoll abhängt, wird immer der niedrigste der auf diese andere Waren anwendbaren autonomen oder vertragsmäßigen Ansätze als Grundlage für die Berechnung des Zolles auf dem in Frage stehenden Erzeugnis dienen.

Zu Artikel 6

In Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich infolge der Anwendung der Bestimmungen von Art. 15 des französischen Gesetzes vom 11. Januar 1892 bei der Durchfuhr schweizerischer Waren durch Frankreich ergeben haben, und in Berücksichtigung der besonderen Lage der Schweiz wird die französische Regierung von Fall zu Fall mit Wohlwollen prüfen, ob es möglich sei, die mit Angaben in französischer Sprache versehenen Waren schweizerischer Firmen, die in Frankreich eine Fabrik oder eine Werkstätte besitzen, für die Durchfuhr von der vorschriftsmäßigen Berichtigung zu befreien.

Zu Artikel 7

Für die Anwendung dieser Bestimmungen erklärt sich jeder der hohen vertragschliessenden Teile damit einverstanden, die im Gebiet des andern Teils unterwegs erfolgten Ausladungen und Wiedereinladungen nicht als Unterbrechung des unmittelbaren Landtransports zu betrachten, selbst wenn dabei

1. eine Aenderung der Transportart oder unter Zollaufsicht der Durchfuhrländer
2. eine Umpackung,
3. eine Teilung,
4. eine Sortierung der Waren

stattgefunden hat.

Zum Beweis für den unmittelbaren Transport haben die Deklaranten der Zollstelle des Bestimmungslandes vorzulegen:

a) im ersten der obgenannten Fälle die Originalrechnungen, Versandscheine, Frachtbriefe und alle auf den Transport bezüglichen Beweisstücke, aus denen hervorgeht, daß die Waren im Zeitpunkt ihres Versands aus dem Ursprungsland in Wirklichkeit für das Einfuhrland bestimmt waren und dass sie auf den Zwischenstationen nicht längere Zeit gelegen haben, als zur Umladung und zur Aenderung der Transportart notwendig war;

b) in den drei andern Fällen Bescheinigungen des Zolldienstes der Durchfuhrländer, worin bezeugt wird:

die Nämlichkeit der Waren;
die vorgenommenen Behandlungen;
daß die Waren im Zeitpunkt ihres Abgangs aus dem Ursprungsland in Wirklichkeit für das Einfuhrland bestimmt waren;
daß die Waren auf den Zwischenstationen nicht längere Zeit gelegen haben, als zur Durchführung der Umpackung, Teilung oder Sortierung notwendig war.

Die verschiedenen Beweisstücke können bei Verdacht des Betruges oder der Unterschlebung vom Zolldienst des Einfuhrlandes zurückgewiesen werden.

Zu Artikel 8

Die hohen vertragschliessenden Teile sind darüber einig, daß die Bestimmungen des Artikels 8 auch auf die Umsatzsteuer Anwendung finden.

Was die Schweiz betrifft, beziehen sich die Bestimmungen der Absätze 4 und 5 auf die durch die Gesetzgebung über den Alkohol ins Auge gefaßten Erzeugnisse.

Zu Artikel 9

Unbeschadet der weitergehenden Erleichterungen, welche sich aus der Meistbegünstigung ergeben, werden unter der Bedingung der Gegenseitigkeit die nachstehend aufgeführten Erzeugnisse schweizerischer Herkunft vom Ursprungsnachweis befreit: Seidenwaren; Bijouterie, Uhren und andere mit dem schweizerischen Stempel versehene Arbeiten aus Gold, Silber oder Platin; Schokolade und Bonbons in charakteristischen Packungen mit schweizerischen Fabrikmarken, Kindermehl; Käse; Milch (frisch, eingedickt, kondensiert, sterilisiert, auch mit Zuckerzusatz usw); Zement, Kalk und Gips; Steine, Sand und Holz.

Die französische Regierung willigt unter der Bedingung der Gegenseitigkeit ein, daß die von den zuständigen schweizerischen Stellen verabfolgten Ursprungserzeugnisse kostenlos beglaubigt werden, solange die Tchechoslowakei oder Oesterreich im Genuß derselben Erleichterung sind.

Zu den Artikeln 9 und 10

Eine einzige Bescheinigung (document mixte) kann in denjenigen Fällen vorgelegt werden, wo sowohl ein Ursprungszeugnis als eine beglaubigte Rechnung erforderlich sind. Diese Bescheinigung muss den Bedingungen entsprechen, die für jedes der Dokumente, an deren Stelle sie tritt, aufgestellt sind. Ihre Beglaubigung wird indessen keiner höheren Gebühr unterworfen als derjenigen, die für die Beglaubigung der Rechnung vorgesehen ist.

Zu Artikel 10

Die hohen vertragschliessenden Teile sind darüber einig, daß die Bestimmungen des Artikels 10 auf die in Nr. 614ᵉᵃʳ des französischen Tarifs fallenden Kraftfahrzeuge nicht Anwendung finden.

Zu Artikel 13

Was die Transporte zwischen zwei Häfen des gleichen inländischen Binnenschiffahrtsnetzes, die gemäß Abs. 4 des Art. 13 in jedem der beiden Länder den eigenen Schiffen vorbehalten sind, betrifft, erklären die hohen vertragschliessenden Teile, dass sie sich gegenseitig die Meistbegünstigung zugestehen. Wenn daher der eine der hohen vertragschliessenden Teile die Schiffe eines dritten Landes dazu zulassen sollte, würde der andere Teil von Rechts wegen dieselbe Behandlung geniessen.

Zu Artikel 14

Unter der Bedingung der Gegenseitigkeit werden die Kinematographenfilme wissenschaftlicher oder bildender Natur, die in Lehranstalten oder unentgeltlichen Vorträgen vorgeführt werden sollen und die daher nicht zu einem Erwerbszweck zur Einfuhr gelangen, vorbehaltlich der Kontrollmassnahmen zollfrei zugelassen.

Die hohen vertragschliessenden Teile verpflichten sich, alle Gesuche individuellen und ausnahmsweisen Charakters um zollfreie Zulassung der Formen aus Holz oder andern Stoffen zur Verwendung in den Giessereien (Gissereimodelle) unter der Bedingung der Wiederausfuhr oder Wiedereinfuhr und unter Vorbehalt der Kontrollmassnahmen in wohlwollendem Sinne prüfen zu lassen.

Zur Feststellung der Nämlichkeit der Waren werden gegenseitig die amtlichen Erkennungszeichen anerkannt, die bei der Ausfuhr aus dem einen der beiden Länder auf die den Gegenstand eines Freipasses oder einer blossen Vormerkung bildenden Waren angebracht worden sind. Die Zollämter der beiden Länder sind nichtsdestoweniger berechtigt, noch ihre besondern Zeichen anzubringen, wenn sie dies für nötig erachten. Die Wiederausfuhr oder Wiedereinfuhr kann ebenfalls über jedes zu dieser Abfertigungsart ermächtigte Zollamt stattfinden.

Die hohen vertragschliessenden Teile werden die Gesuche um Verlängerung der in Art. 14 erwähnten Fristen für die Wiedereinfuhr oder Wiederausfuhr mit Wohlwollen prüfen.

Zu Artikel 16

Zur Erleichterung des Handelsverkehrs soll eine Verständigung getroffen werden, um die Tage und Stunden zu bestimmen, an denen die in diesem Artikel bezeichneten Aemter geöffnet sind.

Zu Artikel 17

Die Gebühren für die Zollabfertigung ausser den Dienststunden oder Ueberstunden werden auf den niedrigstmöglichen Betrag beschränkt werden.

Zu Artikel 20

Der in Artikel 7 vorgesehene Vorbehalt betreffend die Verpflichtung des unmittelbaren Transports und ohne Benützung des Seeweges findet auf die französischen Kolonien, Schutz- und Mandatgebiete keine Anwendung.

Die hohen vertragschliessenden Teile sind darüber einig, festzulegen, dass die Bestimmungen von Absatz 3 des Artikels 8 in den französischen Kolonien, Schutz- und Mandatgebieten nicht Anwendung finden.

Zu Artikel 23

Es besteht mit Bezug auf die Artikel 9 und 15 Einverständnis darüber, dass sich die Meistbegünstigungsklausel unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit versteht.

Zu Artikel 24

Das Schiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern. Es wird folgendermassen gebildet: Jeder der hohen vertragschliessenden Teile ernennt unabhängig einen Schiedsrichterbeisitzer innerhalb des Monats, der dem Schiedsbegehren folgt. Wenn die eine der Parteien unterlässt, rechtzeitig zur Ernennung des Schiedsrichters, den sie bezeichnen muss, zu schreiten, so kann die andere Partei den Präsidenten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag ersuchen, diesen Schiedsrichter zu bezeichnen. Der Präsident des Schiedsgerichts wird durch die beiden Parteien im gemeinsamen Einverständnis im Laufe des Monats, der dem Schiedsbegehren folgt, gewählt; er muß Erfahrung in Wirtschaftsfragen besitzen, Angehöriger eines dritten Staates sein, darf nicht auf dem Gebiete des einen oder des andern der hohen vertragschliessenden Teile seinen Wohnsitz haben und nicht im Dienste des einen oder andern stehen. Wenn die Bezeichnung des durch die beiden Parteien im gemeinsamen Einverständnis zu wählenden Präsidenten nicht innerhalb eines Monats erfolgt, kann jede den Präsidenten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag ersuchen, diese Bezeichnung vorzunehmen.

Der Präsident des Schiedsgerichts bestimmt den Ort, wo das Gericht seinen Sitz haben soll.

Die Entscheide des Schiedsgerichts werden mit Stimmenmehrheit getroffen. Das Verfahren kann schriftlich sein, wenn von keinem der hohen vertragschliessenden Teile Einspruch dagegen erhoben wird. Im übrigen wird das Verfahren durch das Schiedsgericht selbst bestimmt.

Jeder Teil trägt die Entschädigung für den von ihm ernannten Schiedsrichter und die Hälfte der Entschädigung für den Präsidenten des Schiedsgerichts. Jeder Teil trägt die Hälfte der Kosten des Verfahrens.

Für die Vorladung und Anhörung von Zeugen und Sachverständigen werden die Behörden eines jeden der hohen vertragschliessenden Teile auf das an die Regierung des Landes, in dem die Vorladung und Anhörung vorzunehmen sind, gerichtete Begehren ihren Beistand in gleicher Weise leisten wie bei Inanspruchnahme durch die Zivilgerichte des Landes.

Einfuhr in das französische Zollgebiet

Zu 419, 443 und 459 P des französischen Tarifs

(Wirkwaren)

Als Ausputz, mit der Hand oder der Maschine gefertigt, unter die Kategorie A fallend, werden angesehen: Streifen, auch wellenlinig, unterbrochen usw. lediglich durch Verwendung verschiedenfarbiger Fäden entstanden, ohne Brochiereffekte, ohne Zusatzfäden noch irgendweiche andern Verzierungen.

Nicht als Ausputz, mit der Hand oder mit der Maschine hergestellt, gelten Lacets, Galons und Bänder, in einen Saum oder in für diesen Zweck erstellte Durchbrucharbeit eingezogen, sofern diese Zutaten vorwiegend einem Gebrauchszweck dienen. Ebenso verhält es sich mit Artikeln, die mit einer einfachen auf der «Crochetta»-Maschine erstellten Bordure versehen sind.

Zu 443 und 459 P des französischen Tarifs

(Strümpfe)

Als ohne Ausputz werden diejenigen Strümpfe angesehen, die lediglich Nähte oder sogenannte Minderungszeichen aufweisen, seien es wirkliche (wie z. B. die auf dem Cotonstuhl hergestellten Strümpfe) oder falsche (wie z. B. die auf dem Rundstuhl Scott oder Standard mittels einer besonderen Vorrichtung hergestellten Strümpfe).

Zu 466 und 466ᵇⁱˢ des französischen Tarifs

(Bücher)

Wie Bücher werden zollfrei zugelassen die touristischen Propagandapublikationen für schweizerische Städte und Gegenden, in Form von Führern, Broschüren, Albums usw., auch illustriert.

Zu 607ᵇⁱˢ des französischen Tarifs

(Geflechte usw. zur ausschliesslichen Verwendung in der Hutfabrikation)

Der Zollbehandlung der Geflechte aus Zelluloid oder diesem gleichgestellten Erzeugnissen, rein oder gemischt, unterliegen die zur ausschliesslichen Verwendung in der Hutfabrikation bestimmten Geflechte aus Ramiefäden oder -bändern, zusammengeklebt und mit Cellophane überzogen, sogenannte «Neorageflechte».

Einfuhr in das schweizerische Zollgebiet

Tarazuschlag.

Da die schweizerische Zollgesetzgebung die Verzollung nach dem Bruttogewicht vorschreibt und die Anwendung des Tarazuschlages in gewissen Fällen bezweckt, diese Verzollungsweise sicherzustellen, wird die schweizerische Zollverwaltung die aus der Anwendung des Tarazuschlages entstehenden Streitfälle wohlwollend prüfen.

Zu 72 des schweizerischen Tarifs.

(Olivenöle)

Wenn Olivenöl in Eisenfässern eingeführt wird, sind die Fässer nicht besonders zu verzollen, sondern sie werden als Tara zugelassen, sofern nicht versucht wird, durch diese Art der Einfuhr die Zölle für die Eisenfässer zu umgehen.

Zu 856 des schweizerischen Tarifs

(Staniol)

Die Papierblätter, die zum Schutze während dem Transport zwischen die Zinnfolien gelegt werden, werden nicht besonders verzollt, sondern als Verpackungsmaterial behandelt.

Zu 903 des schweizerischen Tarifs

(Treibriemen)

Treibriemen aus natürlicher Seide oder aus natürlicher Seide mit Schuss aus Darm fallen unter Nr. 903.

Falls Treibriemen aus natürlicher Seide oder aus Seide mit Schuss aus Darm auf Holzrahmen (tendeur en bois) montiert eingeführt werden, wird letzterer nicht als Teil der Tara behandelt. Der Rahmen unterliegt dem Ansatz von Fr. 25.— nach Nr. 251 des Tarifs oder kann zum Gegenstand einer Abfertigung mit Freipaß gemacht werden, wenn er an den Versender zurückgehen muss.

Convention de commerce entre la Suisse et la France

Conclue le 8 juillet 1929

Ainsi qu'il a été publié dans la presse, une convention de commerce entre la Suisse et la France a été signée le 8 juillet dernier, à Berne. Cette convention remplacera celle du 20 octobre 1906 dont le texte est encore provisoirement en vigueur.

Les stipulations tarifaires faisant l'objet des listes A (importation en France) et B (importation en Suisse) correspondent, à part les quelques compléments apportés par la convention, à celles des accords commerciaux des 21 janvier et 11 mars 1928 (voir les annexes aux nos 22 et 65 de la Feuille officielle suisse du commerce des 27 janvier et 17 mars 1928).

Le **protocole de signature** renferme des dispositions additionnelles au texte de la nouvelle convention et aux tarifs des deux pays. Les dispositions des protocoles de signature des accords des 21 janvier et 11 mars 1928 ont également été reproduites dans le nouveau protocole de signature.

Nous publions ci-après le texte de la nouvelle convention, les nouvelles stipulations tarifaires insérées dans les listes A et B et le protocole de signature, à l'exception des dispositions figurant déjà dans les protocoles de signature des accords de 1928.

Sous réserve de ratification par les parlements des deux pays, la nouvelle convention entrera provisoirement en vigueur le 15 septembre prochain.

Les nouvelles stipulations tarifaires concernant l'entrée en France (Liste A) qui comportent une modification du tarif des douanes de ce pays ne pourront toutefois entrer en vigueur qu'après ratification de la convention par le Parlement français.

I. Texte de la Convention.

Article premier.

Les Hautes Parties contractantes conviennent de s'accorder réciproquement le traitement inconditionnel et illimité de la nation la plus favorisée pour tout ce qui concerne les droits de douane et tous droits accessoires, le mode de perception des droits, ainsi que pour les règles, formalités et charges auxquelles les opérations de dédouanement pourraient être soumises.

En conséquence, les produits naturels ou fabriqués, originaires de chacune des Hautes Parties contractantes ne seront en aucun cas assujettis, sous les rapports susvisés, à des droits, taxes ou charges autres ou plus élevés ni à des règles et formalités autres ou plus onéreuses que ceux auxquels sont ou seront assujettis les produits de même nature originaires d'un pays tiers quelconque.

De même, les produits naturels ou fabriqués exportés du territoire de chacune des Hautes Parties contractantes à destination du territoire de l'autre Partie ne seront en aucun cas assujettis à des droits, taxes ou charges autres ou plus élevés ni à des règles et formalités plus onéreuses que ceux auxquels sont ou seront assujettis les mêmes produits destinés au territoire d'un autre pays quelconque.

Tous les avantages, faveurs, privilèges et immunités qui ont été ou seront accordés à l'avenir par l'une des deux Parties contractantes dans la matière susdite aux produits naturels ou fabriqués originaires d'un autre pays quelconque ou destinés au territoire d'un autre pays quelconque, seront, immédiatement et sans compensation, appliqués aux produits de même nature originaires de l'autre Partie contractante ou destinés au territoire de cette Partie.

Article 2

Les engagements formulés à l'article premier ne s'étendent pas:

a) aux faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement à d'autres Etats limitrophes pour faciliter le trafic frontalier dans une zone n'excédant pas 15 kilomètres en profondeur de chaque côté de la frontière;

b) aux faveurs résultant d'une union douanière déjà conclue ou qui pourrait être conclue à l'avenir par l'une des Parties contractantes;

c) aux droits ou privilèges qui pourraient être accordés à l'avenir par l'une des Parties contractantes à des Etats tiers dans des conventions plurilatérales auxquelles l'autre Partie ne participerait pas, si ces droits ou privilèges sont stipulés dans des conventions plurilatérales de portée générale conclues sous les auspices de la Société des Nations, enregistrées par elle et ouvertes à l'adhésion de tous les Etats; si ces droits ou privilèges ne sont stipulés que dans ces conventions et que le bénéfice de ceux-ci assure à l'autre Partie contractante des avantages nouveaux; si enfin l'autre Partie contractante n'accorde pas la réciprocité.

Article 3

Sans préjudice des dispositions de l'article premier ci-dessus, les produits naturels ou fabriqués, originaires et en provenance du territoire douanier suisse, énumérés à la liste A, conserveront le bénéfice, à leur importation sur le territoire douanier français, des droits inscrits à ladite liste.

Ces droits resteront applicables aussi longtemps que l'indice officiel des prix de gros ne marquera point une différence de plus de 20% par rapport à l'indice du mois de janvier 1928.

Dans le cas où cette différence se réaliserait, les droits de douane pourront être majorés ou devront être diminués en proportion de l'indice, sans que toutefois la rectification puisse intervenir sinon à la fin d'un trimestre.

La même méthode sera appliquée, dans les mêmes proportions et les mêmes conditions, pour toute altération ultérieure de l'indice des prix de gros.

Les réductions opérées ne pourront toutefois excéder 60% des taux des droits inscrits au tarif.

Article 4

Sans préjudice des dispositions de l'article premier ci-dessus, les produits naturels ou fabriqués, originaires et en provenance du territoire douanier français, énumérés à la liste B, conserveront le bénéfice, à leur importation sur le territoire douanier de la Suisse, des droits inscrits à ladite liste.

Le paiement de ces droits est exigible en monnaie suisse calculée à la parité de l'or;

Article 5

Les Hautes Parties contractantes s'engagent à ne pas entraver le commerce par des prohibitions ou restrictions quelconques des importations ou des exportations. Les exceptions suivantes seront admises à condition qu'elles soient applicables à tous les pays ou aux pays où existent les mêmes conditions:

a) prohibitions ou restrictions relatives à la sécurité publique;

b) prohibitions ou restrictions édictées pour des raisons morales ou humanitaires;

c) prohibitions ou restrictions concernant le trafic des armes, des munitions et des matériels de guerre, ou, dans des circonstances exceptionnelles, de tous autres approvisionnements de guerre;

d) prohibitions ou restrictions édictées en vue de protéger la santé publique ou d'assurer la protection des animaux ou des plantes contre les maladies, les insectes et les parasites nuisibles;

e) prohibitions ou restrictions à l'exportation ayant pour but la protection du patrimoine national, artistique, historique ou archéologique;

f) prohibitions ou restrictions ayant pour but d'étendre aux produits étrangers le régime établi à l'intérieur du pays, en ce qui concerne la production, le commerce, le transport et la consommation des produits nationaux similaires;

g) prohibitions ou restrictions appliquées à des produits qui font ou feront, à l'intérieur du pays, en ce qui concerne la production ou le commerce, l'objet de monopoles d'Etat ou de monopoles exercés sous le contrôle de l'Etat.

La présente convention ne portera pas atteinte au droit des Hautes Parties contractantes de prendre des mesures de prohibition ou de restriction à l'importation ou à l'exportation pour sauvegarder, dans des circonstances extraordinaires et anormales, les intérêts vitaux du pays.

Si des mesures de cette nature sont prises, elles devront être appliquées de telle manière qu'il n'en résulte aucune discrimination arbitraire au détriment de l'autre Partie contractante. Leur durée devra être limitée à la durée des motifs ou des circonstances qui les ont fait naître.

Article 6

Pour toutes les questions relatives au transit international, les Hautes Parties contractantes appliqueront dans leurs relations réciproques les dispositions de la convention et du statut de Barcelone du 20 avril 1921 sur la liberté du transit.

Article 7

Ne seront pas soumis, à leur importation, à des droits de douane ou redevances autres ou plus élevés que s'ils avaient été importés directement de leur pays d'origine:

a) les produits du sol ou de l'industrie du territoire douanier suisse importés dans le territoire douanier français en transit par le territoire d'un ou plusieurs pays tiers, ainsi que les produits du sol ou de l'industrie de pays tiers importés en transit par le territoire de la Suisse vers le territoire douanier de la France, sous réserve que ces transports soient effectués directement et sans emprunt de la mer;

b) les produits du sol ou de l'industrie du territoire douanier français importés sur le territoire douanier suisse en transit par le territoire d'un ou plusieurs pays tiers, ainsi que les produits du sol et de l'industrie de pays tiers importés en transit par le territoire français vers le territoire douanier de la Suisse.

Article 8

Chacune des Hautes Parties contractantes se réserve la faculté de soumettre à des taxes les produits importés du territoire de l'autre partie, si les mêmes produits sont grevés à l'intérieur du pays d'une taxe de fabrication ou autre, ou fabriqués avec des matières soumises à une telle taxe.

Les taxes internes qui grèvent ou grèveront ultérieurement, sur le territoire de l'une des Hautes Parties contractantes, la production, la préparation, la circulation ou la consommation d'une marchandise pour le compte de qui que ce soit, ne pourront, sous aucun prétexte, frapper les produits originaires de l'autre Partie d'un taux plus élevé ou d'une manière plus onéreuse qu'elles ne frappent les produits similaires indigènes et ceux du pays le plus favorisé.

Aucune des Hautes Parties contractantes ne pourra, sous prétexte d'imposition de caractère intérieur, frapper de taxes nouvelles ou majorées l'importation d'articles qui ne sont pas produits sur son territoire ou celui de ses colonies et pays de protectorat et de mandat.

Les produits formant l'objet de monopoles d'Etat ainsi que les matières propres à la fabrication de produits monopolisés, de même que les marchandises pour la fabrication desquelles des produits monopolisés ont été employés, pourront, en garantie du monopole, être frappés à l'importation d'une taxe supplémentaire, même si les produits ou matières similaires indigènes n'y sont pas assujettis.

Cette taxe sera remboursée si, dans un délai de trois mois, il est prouvé que les matières imposées ont été employées d'une manière qui exclut la fabrication d'un article monopolisé.

Article 9

Conformément à l'article 11 de la convention internationale pour la simplification des formalités douanières, signée à Genève le 3 novembre 1923, la présentation de certificats d'origine pour l'importation des marchandises ne sera en général pas exigée. Si, toutefois, l'une des Hautes Parties contractantes frappe les marchandises d'un Etat tiers de droits plus élevés que ceux qui sont applicables aux marchandises de l'autre Partie, ou si elle soumet les marchandises d'un pays tiers à des prohibitions ou restrictions d'importation auxquelles ne sont pas assujetties les marchandises de l'autre Partie, elle peut, au cas où les circonstances l'exigeraient, faire dépendre de la présentation de certificats d'origine l'application des droits les plus réduits aux marchandises de l'autre Partie ou leur admission à l'entrée.

Les certificats d'origine seront délivrés soit par les autorités douanières, soit par les chambres de commerce compétentes, soit enfin par tout autre organisme désigné par le pays d'exportation et accepté par le pays d'importation. Les certificats seront établis selon les formules adoptées par les dits organismes et reconnus par l'administration douanière du pays destinataire.

Le visa consulaire pourra être requis pour les certificats qui ne sont ni délivrés par les autorités douanières ni visés par elles. Les certificats seront visés sans frais par les autorités consulaires du pays de destination lorsque la valeur de l'envoi pour lequel ils ont été dressés ne dépassera pas 500 francs français ou 100 francs suisses. Lorsque la valeur de l'envoi sera supérieure à cette somme, la taxe perçue pour le visa consulaire ne devra pas dépasser 25 francs français ou 5 francs suisses.

En ce qui concerne les colis postaux et les envois par la poste et par la voie aérienne, il ne sera pas exigé de certificat d'origine.

Dans le cas où des marchandises originaires d'un pays tiers ne seraient pas importées directement du pays d'origine dans le territoire de l'une des Hautes Parties contractantes, mais en transit par le territoire de l'autre, les Hautes Parties contractantes accepteront comme justification d'origine, hors le cas de soupçon de fraude ou d'abus, au même titre que celles délivrées dans le pays d'origine, les attestations établies par les autorités compétentes de l'autre Partie, sous la réserve qu'elles répondent aux prescriptions réglementaires. Les dispositions ci-dessus sur l'obligation du visa consulaire et le montant de la taxe consulaire sont applicables aux certificats d'origine délivrés pour les marchandises originaires d'un pays tiers; en aucun cas, la taxe consulaire ne sera supérieure à celle qui aurait été perçue dans le pays d'origine.

Dans tous les cas où l'une des Hautes Parties contractantes signalera à l'autre que des doutes se sont élevés sur l'exactitude d'un certificat d'origine ou que des pratiques frauduleuses se sont produites dans la délivrance ou l'emploi d'un certificat, la Partie à laquelle la plainte aura été adressée provoquera immédiatement une enquête spéciale sur les faits incriminés, en communiquera les résultats à la Partie plaignante et, le cas échéant, prendra toutes mesures en son pouvoir pour prévenir la continuation de ces pratiques indues ou frauduleuses. En aucun cas l'une des Hautes Parties contractantes ne procédera à des investigations par ses propres organes sur le territoire de l'autre Partie.

Article 10

Dans le cas où les produits importés seraient soumis à une tarification ad valorem, la valeur à déclarer pour l'application des droits de douane sera celle que les marchandises ont dans le lieu et au moment où elles sont présentées à la douane. Elle comprend la valeur d'achat de la marchandise, augmentée de tous les frais nécessaires pour l'importation jusqu'au lieu d'introduction (transport, fret, droits de sortie, assurance, commission, prix des emballages non taxables séparément, etc.), à l'exclusion des droits d'entrée. Toutefois, la valeur ainsi calculée devra, s'il y a lieu, être rectifiée pour tenir compte des variations de prix postérieures à l'achat.

La déclaration en douane doit être appuyée d'une facture, légalisée par l'autorité consulaire du pays de destination. Toutefois, eu égard aux garanties que se sont données les Hautes Parties contractantes et sous condition de réciprocité, le pays importateur admettra que la légalisation consulaire soit remplacée par un visa donné par les organismes du pays exportateur présentant la compétence ainsi que les garanties nécessaires et qui auront été préalablement reconnus par le Gouvernement du pays importateur. Cet agrément pourra être retiré s'il est constaté que ces organismes ne présentent plus les garanties nécessaires.

Le cas échéant, les agents diplomatiques et consulaires viseront sans frais les factures relatives aux envois dont la valeur ne dépassera pas 500 francs français ou 100 francs suisses. Lorsque la valeur des envois sera supérieure à cette somme, la taxe ne devra pas dépasser 25 francs français ou 5 francs suisses.

En ce qui concerne les colis postaux, les envois par la poste et par la voie aérienne, il ne sera pas exigé de factures légalisées.

Dans le cas où des doutes s'élèveraient sur l'exactitude d'une facture légalisée, les dispositions de l'article 9, alinéa 6, seront applicables par analogie.

Article 11

Les négociants, les fabricants et autres industriels de l'une des Hautes Parties contractantes, ainsi que leurs commis-voyageurs, auront le droit, sur la production d'une carte de légitimation délivrée par les autorités de leur pays et en observant les formalités prescrites, de faire des achats de marchandises dans le territoire de l'autre Partie, chez des négociants ou dans des locaux de vente publique ou chez des personnes qui produisent ces marchandises. Ils pourront aussi prendre des commandes chez les négociants ou chez d'autres personnes dans l'exploitation industrielle desquelles les marchandises du genre offert trouvent leur emploi. Ils sont autorisés à apporter avec eux des échantillons ou modèles, mais non des marchandises et ne seront astreints, pour l'activité décrite au présent alinéa, ni à un impôt ni à une taxe spéciale.

Les cartes de légitimation doivent être conformes au modèle établi dans la convention internationale pour la simplification des formalités douanières, signée à Genève le 3 novembre 1923. Un visa consulaire ou autre n'est pas exigé.

Les dispositions ci-dessus ne sont pas applicables aux industries ambulantes, au colportage et à la recherche de commandes chez les personnes qui n'exercent ni industrie ni commerce; les Hautes Parties contractantes se réservent, à ce sujet, l'entière liberté de leur législation.

Article 12.

Les sociétés commerciales, industrielles ou financières, y compris les sociétés de transport et d'assurances, valablement constituées d'après les lois de l'une des Hautes Parties contractantes et ayant leur siège sur son territoire, seront juridiquement reconnues dans l'autre pays, pourvu qu'elles ne poursuivent pas un but illicite ou contraire aux moeurs; leur capacité et droit d'ester en justice seront déterminés par leurs statuts et les lois de leur pays d'origine.

Les sociétés constituées d'après la législation de l'une des Hautes Parties contractantes pourront, sous réserve de l'accomplissement des formalités prévues à cet effet par les lois et règlements en vigueur, étendre leurs opérations sur le territoire de l'autre Partie, y acquérir des droits, les y exercer et y poursuivre leur activité économique.

Article 13

Pour toutes les questions relatives aux transports par voie ferrée, les Hautes Parties contractantes appliqueront dans leurs relations réciproques les dispositions de la convention et du statut sur le régime international des voies ferrées, établis à Genève le 9 décembre 1923.

Les bateaux de l'une des Hautes Parties contractantes et leurs équipages et cargaisons bénéficieront dans les eaux intérieures de l'autre Partie, ainsi que dans ses ports intérieurs ouverts au trafic, du même traitement que les bateaux, équipages et cargaisons de la nation la plus favorisée.

En ce qui concerne toutes redevances et taxes afférentes à la navigation intérieure, chacune des Hautes Parties contractantes traitera sur ses voies d'eau intérieures ou dans ses ports intérieurs ouverts au trafic les bateaux de l'autre Partie, leurs équipages et cargaisons aussi favorablement que ses propres bateaux, équipages et cargaisons.

Les dispositions prévues aux deux alinéas précédents ne s'appliquent pas aux opérations de transports effectués entre deux ports d'un même réseau intérieur national.

Tous les bateaux qui sont immatriculés sur le territoire de l'une des Hautes Parties contractantes et qui appartiennent aux ressortissants ou aux sociétés de cette Partie, sont considérés, dans l'esprit du présent accord, comme bateaux des Hautes Parties contractantes.

Article 14

Sous condition de réexportation ou de réimportation et sous réserve de mesures de contrôle, la franchise de tout droit d'entrée et de sortie est concédée réciproquement:

1° pour les sacs, caisses, tonneaux en toutes matières, dames-jeannes, paniers et autres récipients semblables, marqués et ayant déjà servi, importés vides pour être réexportés remplis ou réimportés vides après avoir été exportés remplis;

2° pour les voitures de déménagement de toute espèce, ainsi que pour les cadres de déménagement, que ces véhicules passent la frontière sur route ou par chemin de fer, mais pour autant qu'ils ne sont pas utilisés pour des transports à l'intérieur;

3° pour les outils, instruments et engins mécaniques importés du territoire de l'une des Hautes Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie pour l'exécution de travaux de montage, d'essai ou de réparations de machines et appareils d'origine suisse installés en France ou d'origine française installés en Suisse;

4° pour les machines, appareils et leurs parties, destinés à être soumis à des essais ou à des expériences;

5° pour les échantillons et modèles, dans les conditions fixées par l'article 10 de la convention internationale pour la simplification des formalités douanières, signée à Genève le 3 novembre 1923;

6° pour les machines et appareils, ainsi que leurs pièces détachées, de fabrication suisse ou française, destinés à être réparés dans leur pays d'origine.

Le délai de réexportation ou de réimportation ne sera pas inférieur à trois mois pour les cas prévus aux chiffres 1 et 2 et à six mois pour les autres cas prévus au présent article.

Article 15

Si des marchandises expédiées de l'un des deux pays dans l'autre sont renvoyées à l'expéditeur originaire pour cause d'inacceptation par le destinataire ou pour d'autres raisons, l'on renoncera, lors de la réexportation, à percevoir un droit d'exportation et l'on remboursera un droit d'importation déjà payé ou l'on renoncera à réclamer un droit d'importation dû, à condition que les marchandises soient restées jusqu'à la réexportation sous le contrôle de la douane ou du chemin de fer et que la réexportation ait eu lieu dans le délai de deux mois à compter de l'importation, sans qu'aucun changement ait été apporté aux marchandises.

Article 16

Les articles d'orfèvrerie et de bijouterie en or, argent, platine ou autres métaux précieux, importés de l'un des deux pays, seront soumis dans l'autre au régime de contrôle établi pour les articles similaires de fabrication nationale, et paieront, s'il y a lieu, sur la même base que ceux-ci, les droits de marque et de garantie.

Les bureaux spéciaux fonctionnant actuellement à Bellegarde et Pontarlier ou ceux qui, en remplacement de ces deux bureaux, pourraient être établis dans toute autre localité voisine de la frontière de la Suisse pour le contrôle et la marque des objets ci-dessus désignés, seront maintenus pendant la durée de la présente Convention. Il est entendu que les matières de platine, d'or et d'argent pourront être contrôlées sur le brut, à condition que les ouvrages soient assez avancés pour qu'en les finissant, on ne leur fasse éprouver aucune altération, et que les boîtes de montres, brutes ou finies, pourront être expédiées aux bureaux de vérification en France, moyennant une soumission cautionnée garantissant leur réexportation.

Article 17

Chacune des Hautes Parties contractantes assume la charge d'entretenir à la frontière commune un nombre suffisant de bureaux de douane munis des compétences utiles.

Dans leurs relations commerciales réciproques, les Hautes Parties contractantes rendront le dédouanement aussi facile que les intérêts de l'administration des douanes le permettront. Elles s'engagent à établir, autant que possible, la concordance des routes reconnues comme chemins douaniers, des attributions et des heures d'ouverture des bureaux correspondants des deux pays, ainsi qu'à généraliser, dans la mesure du possible, l'établissement de bureaux de douane à proximité de la frontière.

Article 18

Les Hautes Parties contractantes feront toute diligence pour que leurs ressortissants puissent obtenir d'une manière aussi facile et aussi rapide que possible auprès des autorités douanières des renseignements relatifs à l'application des droits de douane.

Elles se communiqueront à cet effet la liste desdites autorités.

Si l'importateur insère dans sa demande de renseignements l'indication du bureau de douane par lequel il compte importer la marchandise, le renseignement donné par l'administration sera communiqué par elle audit bureau de douane.

Article 19

Les déclarations en douane doivent contenir toutes les indications nécessaires pour l'application des droits. Ainsi, outre la nature, l'espèce, la qualité, l'origine, la provenance, la destination de la marchandise, elles doivent énoncer le poids, le nombre, la mesure ou la valeur, suivant le cas.

Si le déclarant se trouve dans l'impossibilité d'énoncer l'espèce ou la quantité à soumettre aux droits, la douane pourra lui permettre de vérifier, à ses frais, dans un local désigné ou agréé par elle, l'espèce, le poids, la mesure ou le nombre, après quoi l'importateur sera tenu de faire la déclaration détaillée de la marchandise dans les délais voulus par la législation de chaque pays.

Si les renseignements produits sur les factures et lettres de voitures, sont insuffisants pour permettre d'établir une déclaration régulière, le service des douanes accordera, à la demande de l'intéressé, l'autorisation d'examiner la marchandise avant le dépôt de la déclaration.

Article 20

Les dispositions des articles 1, 2, 7, 8, 9, 14, 15, 18 et 19 s'appliqueront aux colonies, protectorats et pays sous mandat de la France.

Article 21

Bien que les dispositions des articles 5, 10, 11 et 12 ne s'appliquent pas aux colonies françaises, les Hautes Parties contractantes s'accordent réciproquement, pour les matières qui y sont visées et en ce qui concerne ces territoires, le traitement de la nation la plus favorisée.

Article 22

L'octroi de la clause de la nation la plus favorisée n'autorisera pas la Suisse à réclamer:

1° le bénéfice des avantages préférentiels que la France accorde ou pourrait accorder sur son territoire douanier aux colonies, protectorats et pays sous mandat français, ou que les colonies et protectorats français accordent ou accorderaient à la France, aux colonies, protectorats et pays sous mandat français;

2° le bénéfice des dispositions tarifaires et réglementaires, accordées en matière de transit sur le territoire de l'Indochine aux pays limitrophes de cette colonie.

Article 23

Les Hautes Parties contractantes se garantissent réciproquement le traitement de la nation la plus favorisée en ce qui concerne les matières qui font l'objet des articles suivants de la présente convention: 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 15, 16 et 20.

Article 24

Les contestations qui viendraient à surgir au sujet de l'interprétation de la présente convention, y compris les annexes et les dispositions additionnelles, seront, si l'une des Hautes Parties contractantes en fait la demande, soumises à la décision d'un tribunal arbitral. Cette stipulation est applicable même à la question préjudicielle de savoir si la contestation se rapporte à l'interprétation de la convention. La sentence du tribunal arbitral aura force obligatoire.

Article 25

La présente convention se substitue à celle du 20 octobre 1906, à l'Arrangement commercial du 21 janvier 1928, ainsi qu'à l'Avenant du 11 mars 1928.

Elle est conclue pour un an. Elle sera ratifiée et entrera en vigueur 20 jours après l'échange des instruments de ratification qui aura lieu à Paris.

Si elle n'a pas été dénoncée trois mois avant d'arriver à expiration, elle sera prorogée par voie de tacite reconduction, chaque Partie se réservant alors le droit de la dénoncer à tout moment pour lui faire prendre fin six mois après.

II. Nouvelles stipulations tarifaires insérées dans les listes A et B (Listes A et A¹, B et B¹ des accords des 21 janvier et 11 mars 1928)

Liste A (Importation en France)

N° du tarif français		
ad 98	Chocolat. Dans le dosage du cacao contenu dans les chocolats, les matières alimentaires autres que le sucre, se trouvant dans les produits autrement qu'à l'état broyé, ne sont pas comptées comme cacao.	
ex 205bis	Ferro-chrome:	Valeur
	Surraffiné de 0,70 % jusqu'à 0,20 % de carbone	12 %
	Surraffiné à 0,20 % ou moins de carbone	15 %
		le kilogr.
0390	Brome isovalerylurée	35.—
0391	Brome diéthylacétylurée	65.—
0392	Phényléthylmalonylurée (luminal)	75.—
ex 294	Dérivés de l'anthraquinone au soufre	12.—
ex 404, 405, 406, 411	Crêpe de santé en tissu de coton, écru, décruit, blanchi, teint ou fabriqué en tout ou en partie avec des fils blanchis ou teints	5.50
459bis	6° a) Broderies à la mécanique sur tissu de coton, etc.	
	Note. Sont taxées au droit des broderies à la mécanique en fil de coton sur tissus de coton pur uni (à chaîne et à trame) dites volants, dans lesquels la partie du tissu non brodé a une largeur notablement supérieure à celle de la partie brodée, les broderies de l'espèce même comportant un ourlet simple.	
	Note générale concernant les articles brodés.	
	III. — Ne seront pas considérés comme confectionnés les motifs, tels que fleurs, etc., constitués par assemblage ou superposition de broderies, même si l'assemblage ou la superposition comporte un point de couture, un bouton ou accessoire analogue.	
	Ne seront pas considérés comme confectionnés les broderies au mètre et les motifs formés de combinaisons de broderies, de combinaisons de broderies et de dentelles ou de tulles, et de combinaisons de broderies, de dentelles et de tulles, que l'assemblage soit fait par un point de couture ou par un point de broderie.	
	Ne sont pas considérées comme confectionnées les broderies au mètre ne comportant qu'un ourlet simple.	
533quinquiès	Eléments de turbines à vapeur, etc.	
	Note. Les diaphragmes en fonte grise ou en fonte grise et acier suivent le régime des pièces détachées de machines du n° 535bis A.	
ex 535bis A.	Broches pour métiers à filer ou à retordre, à l'exclusion des broches électriques pour textiles artificiels:	
	pesant:	100 kg.
	moins de 700 grammes	400.—
	700 grammes et plus	240.—
ex 567	Brides et raccords de toutes espèces en fer, fonte malléable, acier ou fonte aciéreuse, sondés ou sans soudure, bruts ou travaillés	100 kg net 125.—

Liste B (Importation en Suisse)

N° du tarif		
	Consolidation des droits ci-après:	100 kg
82	Conserves de gibier à poil ou à plume	30.—
85	Conserves de volailles	30.—
167	Engrais de potasse; résidus salins de Stassfurt	—.10
168	Chlorure de potassium	—.10
	Souliers et pantoufles:	
196	— en étoffes de tout genre, sans semelles de cuir	120.—
197	— en feutre, sans semelles de cuir	120.—
405	Tissus de jute, écrus, présentant moins de 9 fils par carré de 5 mm de côté	4.—
321	Livres imprimés.	
	Note. Les publications de propagande touristique en faveur des villes et régions françaises, sous forme de guides, de brochures, de dépliants, etc., même illustrées, sont admises au droit de 5 fr. par 100 kg d'après ce numéro.	
	Vêtements, bonneterie et tricots de tout genre: garnis ou doublés de fourrure ou de plumes:	
554 a	— Manteaux de dames, en tissu de laine, dont le col, le revers des manches et le bord inférieur sont garnis de fourrure	100 kg 500.—
554 b	— autres	800.—
619	Ciment Portland.	
	Note. Le ciment spécial à prise lente, dénommé « Superciior » est admis au droit de fr. 1.40 par 100 kg d'après ce numéro.	
968	Sucs de plantes; etc.	
	Note. Les produits à pâte phosphorée pour la destruction des rats et des souris et les grains empoisonnés dits « tue-souris », sont admis au droit de fr. 20.— par 100 kg d'après ce numéro.	

III. Protocole de signature

Dispositions générales

Ad article 2

En admettant dans la présente Convention, conformément à l'usage, que les unions douanières existantes constituent des dérogations au principe du traitement de la nation la plus favorisée, les Hautes Parties contractantes n'entendent formuler aucune opinion au sujet de la formation d'unions douanières nouvelles.

Après avoir pris connaissance des documents annexés à l'aide-mémoire du 21 juin 1929, qui lui a été remis par la délégation française, la délégation suisse déclare qu'elle n'invoquera pas le traitement de la nation la plus favorisée prévu à la Convention signée en date de ce jour, pour réclamer les avantages spéciaux dont bénéficient les marchandises allemandes admises en France au titre des prestations.

Ad articles 3 et 4

Lorsque le droit d'entrée sur un produit importé dans le territoire de l'une des Hautes Parties contractantes dépend du droit fixé pour une autre marchandise, le plus bas des taux, autonomes ou conventionnels, applicables à cette autre marchandise servira toujours de base au calcul de droit d'entrée sur le produit en question.

Ad article 6

En considération des difficultés qui se sont élevées en ce qui concerne le transit des marchandises suisses en France à l'occasion de l'application des dispositions de l'article 15 de la loi française du 11 janvier 1892, et tenant compte de la situation particulière de la Suisse, le Gouvernement français examinera avec bienveillance, dans les cas d'espèce, la possibilité de dispenser du correctif réglementaire, pour le transit, les marchandises de maisons suisses ayant en France une usine ou un atelier, lorsque lesdites marchandises sont revêtues d'indications en langue française.

Ad article 7

Pour l'application de ces dispositions, chacune des Hautes Parties contractantes accepte de ne pas considérer comme une interruption du transport direct par terre les déchargements et rechargements en cours de route sur le territoire de l'autre Partie, même s'il y a eu sur ce territoire:

1° changement du mode de transport;
ou, sous le contrôle du service des douanes des pays intermédiaires:
2° modification du conditionnement extérieur des marchandises;
3° division en plusieurs lots;
4° assortiment.

Comme justification du transport direct, les déclarants devront produire à la douane du pays de destination:

a) dans le premier cas visé ci-dessus, les factures originales, bulletins d'expédition, lettres de voiture et tous documents relatifs au transport établissant qu'au moment de leur départ du pays d'origine, les marchandises étaient bien destinées au pays d'importation et qu'elles n'ont pas séjourné sur les points intermédiaires au délà du temps nécessaire pour le transbordement et pour changement du mode de transport;

b) dans les trois autres cas, des certificats du service des douanes des pays intermédiaires attestant:

l'identité des marchandises,
les manutentions exécutées;

qu'au moment de leur départ du lieu d'origine elles avaient bien le pays d'importation pour destination;

qu'elles n'ont pas séjourné sur les points intermédiaires au delà du temps nécessaire pour la modification de leur conditionnement extérieur, leur division par lots ou leur assortiment.

Ces divers documents pourront être refusés par le service des douanes du pays d'importation en cas de soupçon de fraude ou de substitution.

Ad article 8

Les Hautes Parties contractantes sont d'accord que les dispositions de l'article 8 s'appliquent également à la taxe sur le chiffre d'affaires.

En ce qui concerne la Suisse, les dispositions des alinéas 4 et 5 ont trait aux produits visés par la législation sur l'alcool.

Ad article 9

Sans préjudice des allégements plus étendus résultant du traitement de la nation la plus favorisée, sont dispensés, sous condition de réciprocité, de la justification d'origine à l'importation en France, les produits ci-après en provenance de Suisse: les soieries; la bijouterie, les montres et autres ouvrages en or, en argent ou en platine, munis du poinçon suisse; les chocolats et bonbons contenus dans des emballages caractéristiques, revêtus de marques de fabrique suisse; les farines lactées; les fromages; le lait (frais, concentré, condensé, stérilisé, sucré ou non, etc.); les ciments, chaux et plâtres; les pierres, les sables et les bois.

Le Gouvernement français accepte, sous condition de réciprocité, que les certificats d'origine délivrés par les organismes suisses compétents soient visés sans frais, tant que la Tchécoslovaquie ou l'Autriche bénéficieront de la même facilité.

Ad articles 9 et 10

Un titre unique (document mixte) pourra être produit dans les cas où un certificat d'origine et une facture légalisée sont tous deux exigibles. Ce titre unique devra satisfaire aux conditions imposées pour chacun des documents dont il tient lieu. Sa légalisation ne sera toutefois pas soumise à une taxe supérieure à celle qui est prévue pour le visa de la facture.

Ad article 10

Les Hautes Parties contractantes sont d'accord que les dispositions de l'article 10 ne seront pas applicables aux voitures automobiles reprises sous le n° 614ter du tarif français.

Ad article 13

En ce qui concerne les opérations de transport entre deux ports d'un même réseau intérieur national qui, en vertu de l'alinéa 4 de l'article 13, sont réservées dans chacun des deux pays aux bateaux nationaux, les Hautes Parties contractantes déclarent qu'elles s'accordent réciproquement le traitement de la nation la plus favorisée. En conséquence, si l'une des Hautes Parties contractantes venait à y admettre les bateaux d'une tierce puissance, l'autre Partie bénéficierait de plein droit du même traitement.

Ad article 14

Sous réserve de réciprocité, les films cinématographiques, documentaires ou éducatifs, destinés à être projetés dans des établissements d'enseignement ou dans des conférences gratuites et qui ne sont donc pas importés dans un but lucratif, seront admis en franchise de droits, sous réserve des mesures de contrôle.

Les Hautes Parties contractantes s'engagent à faire examiner avec bienveillance toutes demandes d'un caractère individuel et exceptionnel, d'admettre en franchise de droits de douane, sous condition de réexportation ou de réimportation et sous réserve des mesures de contrôle, les formes de bois ou d'autres matières à l'usage des fonderies (modèles pour fonderies).

Pour l'identification des marchandises, il sera réciproquement ajouté foi aux signes de reconnaissance officiels apposés à la sortie de l'un des deux pays sur les marchandises qui font l'objet d'un passavant ou d'une simple inscription. Les offices douaniers des deux pays n'en ont pas moins le droit, s'ils le jugent nécessaire, d'apposer encore leurs signes particuliers. La réexportation ou la réimportation pourra se faire également par tout bureau de douane habilité à ce genre d'opération.

Les Hautes Parties contractantes examineront avec bienveillance les demandes tendant à la prolongation des délais de réimportation ou de réexportation visés à l'article 14.

Ad article 16

Afin de faciliter les échanges commerciaux, une entente interviendra pour déterminer les jours et heures d'ouverture des bureaux désignés au présent article.

Ad article 17

Les taxes pour le dédouanement en dehors des heures de service ou heures supplémentaires seront limitées au montant le plus bas possible.

Ad article 20

La réserve prévue à l'article 7 concernant l'obligation du transport direct et sans emprunt de la mer, ne s'applique pas aux colonies, protectorats et pays sous mandat de la France.

Les Hautes Parties contractantes sont d'accord pour spécifier que les dispositions du paragraphe 3 de l'article 8 ne s'appliquent pas dans les colonies, protectorats et pays sous mandat de la France.

Ad article 23

Il est entendu que, en ce qui concerne les articles 9 et 15, la clause de la nation la plus favorisée s'entend sous réserve de la réciprocité.

Ad article 24

Le tribunal arbitral se compose de trois membres. Il est formé de la manière suivante: Chacune des Hautes Parties contractantes nomme librement un arbitre assesseur dans le mois qui suit la demande d'arbitrage. Si l'une des Parties néglige de procéder à temps à la nomination de l'arbitre qu'elle doit désigner, l'autre Partie peut demander au président de la Cour permanente de Justice Internationale à La Haye de désigner cet arbitre. Le président du tribunal arbitral est choisi par les deux Parties d'un commun accord au cours du mois qui suit la demande d'arbitrage; il doit avoir l'expérience des questions économiques, être ressortissant d'un Etat tiers, ne pas avoir de domicile sur le territoire de l'une ou de l'autre des Hautes Parties contractantes et n'être au service ni de l'une ni de l'autre. Si la désignation du président du tribunal arbitral à choisir d'un commun accord par les deux Parties n'intervient pas dans le délai d'un mois, chacune des Parties peut demander au président de la Cour permanente de Justice Internationale à La Haye de procéder à cette désignation.

Le président du tribunal arbitral fixe l'endroit où siégera le tribunal.

Les sentences du tribunal arbitral sont prises à la majorité des voix. La procédure peut être écrite si aucune des Hautes Parties contractantes ne s'y oppose. Pour le surplus la procédure est fixée par le tribunal arbitral lui-même.

Chaque Partie supporte les honoraires qui reviennent à l'arbitre nommé par elle et la moitié des frais des honoraires du président du tribunal arbitral. Chaque Partie supporte la moitié des frais de la procédure.

Pour la citation et l'audition de témoins et d'experts, les autorités de chacune des Hautes Parties contractantes prêteront, sur la réquisition du tribunal arbitral adressée au Gouvernement du pays dans lequel on doit procéder à la citation et à l'audition, la même assistance que lorsqu'elles en sont requises par les tribunaux civils du pays.

Importation dans le territoire douanier français

Ad 419, 443 et 459 P du tarif français

(Bonneterie)

Seront considérées comme fantaisies à la main ou à la mécanique rentrant dans la catégorie A, les rayures, même sinueuses, brisées, etc., obtenues simplement par le jeu de fils de couleurs différentes, sans effet de brochage, sans emploi de fils supplémentaires ni aucun autre dispositif ornemental.

Ne seront pas considérés comme fantaisies à la main ou à la mécanique, les lacets, galons et rubans passés dans un ourlet ou dans les jours disposés à cet effet, lorsque ces accessoires auront un but principalement utilitaire. Il en sera de même des articles munis d'une simple bordure exécutée à la machine « Crochetta ».

Ad 443 et 459 P du tarif français

(Bas)

Seront considérés comme étant sans fantaisie, les bas qui présentent seulement des coutures ou des diminutions, soit réelles (comme par exemple les bas obtenus sur métier Cotton), soit fausses (comme par exemple les bas obtenus sur métier tubulaire Scott ou Standard à l'aide d'un mécanisme spécial).

Ad 466 et 466bis du tarif français

(Livres)

Seront admises en exemption de droits de douane, comme livres, les publications de propagande touristique, sous forme de guides, brochures, dépliants, etc., même illustrées en faveur des villes et régions de la Suisse.

Ad 607bis du tarif français

(Tresses, etc., pour l'usage exclusif de la chapellerie)

Suivant le régime des tresses de celluloïd ou produits assimilés, purs ou mélangés, les tresses pour l'usage exclusif de la chapellerie en fils ou bandes de ramie, collés et recouverts de cellophane, dites « Neora ».

Importation dans le territoire douanier suisse

Tare additionnelle.

La législation douanière suisse prescrivant la taxation au poids brut et l'application dans certains cas de la tare additionnelle ayant pour but d'assurer ce mode de taxation, l'administration des douanes suisses examinera avec bienveillance les cas litigieux résultant de l'application de la tare additionnelle.

Ad 72 du tarif suisse

(Huiles d'olives)

Lorsque les huiles d'olives sont importées dans des fûts en fer, les fûts ne seront pas taxés séparément, mais seront admis comme tare, à moins qu'il n'y ait tentative d'éluder, par ce mode d'importation, les droits sur les fûts en fer.

Ad 856 du tarif suisse

(Etain en feuilles minces)

Les feuilles de papier intercalées entre les feuilles d'étain pour les protéger pendant le transport, ne seront pas taxées séparément, mais traitées comme matériel d'emballage.

Ad 903 du tarif suisse
(Courroies de transmission)

Les courroies de transmission en soie naturelle ou en soie naturelle avec trame en boyau rentrent sous la position 903.

Lorsque les courroies de transmission en soie naturelle ou en soie avec trame en boyau sont importées montées sur un tendeur en bois, ce dernier ne sera pas traité comme faisant partie de la tare. Le tendeur sera assujetti au droit de 25 francs d'après le n° 251 du tarif ou pourra faire l'objet d'un dédouanement avec passavant s'il doit faire retour à l'expéditeur.

Internationaler Postgiroverkehr — Service international des virements postaux

Ueberweisungskurse vom 20. August an — Cours de réduction à partir du 20 août

Belgien Fr. 72.35; Dänemark Fr. 138.50; Freie Stadt Danzig Fr. 101.—; Deutschland Fr. 123.90; Frankreich Fr. 20.37; Italien Fr. 27.25; Jugoslawien Fr. 9.15; Luxemburg Fr. 14.50; Niederlande Fr. 208.35; Oesterreich Fr. 73.30; Schweden Fr. 139.35; Tschechoslowakei Fr. 15.42; Ungarn Fr. 90.80; Grossbritannien Fr. 25.23.

Anpassung an die Kursschwankungen ist vorbehalten. — L'adaptation aux fluctuations des cours est réservée.

Annoncen-Regie: PUBLICITAS Schweizerische Annoncen-Expedition A.-G.

Anzeigen — Annonces — Annunzi

Régie des annonces: PUBLICITAS Société Anonyme Suisse de Publicité

HOTEL - PENSION EDEN
WENGEN, Berner Oberland

Prächtige Lage. Sehr gut geführtes Haus. Vor- u. Nachsaison von Fr. 8.— an. Sommer- u. Winterbetrieb. Höflichst empfiehlt sich ,1615 Familie P. Zimmermann,

Kaufmann

Schweizer, 26 J., z. Zt. in Frankreich tätig, mit kantonalzürcher. Handelsdiplom, 6 jähr. Auslandspraxis, theoretisch und praktisch kaufm. ausgebildet, perfekt im Deutschen, Französischen und Englischen, versiert im Import- und Exportgeschäft von chem.-technischen und Kolonialprodukten, an selbständiges Arbeiten gewöhnt

sucht Vertrauensposten in der Schweiz

in **Handels- oder Fabrikationsunternehmen** auf 1. September oder später. — Erste Referenzen und Zeugnisse. Behufs Einreichung des curriculum vitae etc. sind Anfragen erbeten unter Chiffre **Z K 2309** an **Rudolf Mosse A.-G., Zürich.** (Za 8038) *2659

La Banca Popolare Svizzera in Locarno

denuncia al rimborso per le loro prossime scadenze le Obbligazioni da essa emesse al tasso del 5½ % ed ancora in circolazione.

Di conseguenza tali titoli cesseranno di produrre interesse a partire dalla scadenza.

Le conversioni saranno effettuate al miglior tasso d'interesse in vigore al momento della conversione. *2709

Locarno, 19 agosto 1929.

Les titulaires du brevet ci-après désirent entrer en relation avec industriels suisses en vue de la mise en œuvre de leur invention:

N° 107306 18 septembre 1923: **Dispositif récepteur téléphonique.** (30306 X) *2691

Prière d'adresser offres et propositions à l'Office de Brevets **A. Bugnion,** Corraterie 13, **Genève,** qui les transmettra à qui de droit.

Grösseres Unternehmen der keramischen Branche in der Schweiz **sucht** zur Ablösung einer stillen Beteiligung

Fr. 100,000

ganz, oder in Teilbeträgen aufzunehmen. Vermittler verbeten. Offerten unter Chiffre **F. 7531 Q.** an **Publicitas Zürich.** 2679

Internationaler *2702

Speditionsfachmann

Schweizer, erste Kraft, 30 Jahre alt, sprachenkundig, bereist, erprobter Tarifeur und Detaxateur, erfolgreicher Acquisiteur, flotter Korrespondent, versiert im europäischen und Ueberseeverkehr, **sucht Stelle** in erstklassiges Speditionshaus, möglichst als Direktionssekretär. Zuschriften erbeten unter Chiffre **Ke 7619 Q** an **Publicitas Basel.**

Kommerzielle Anzeigen

finden die beste Beachtung im

Schweizerischen Handelsamtsblatt

Verein „Autostrasse Basel-Italienische Grenze"

Ordentliche Generalversammlung

Mittwoch, den 4. September 1929, nachmittags 2 Uhr im Hotel Aarhof in Olten

TRAKTANDEN:

1. Protokoll der Generalversammlung vom 26. Oktober 1927.
2. Genehmigung der Vereinsrechnungen.
3. Statutenrevision (mit einleitendem Referat von Stadtpräsident Dr. Klöti, Zürich).
4. Wahl des Vorstandes.
5. Wahl der Kontrollstelle.
6. Mitteilungen und Allfälliges.

Basel, den 20. August 1929. (6911 Q) 2575 i

Der Provisorische Ausschuss.

Füllfedern

2458

ZÜRICH RUD. FÜRRER SÖHNE MÜNSTERHOF 13

Gewerbebank Zürich
Aktiengesellschaft

Einladung zu einer ausserordentlichen Generalversammlung der Aktionäre

Donnerstag den 5. September 1929, abends 5½ Uhr im Zunfthaus zur Zimmerleuten, Rathausquai 10, Zürich 1

TRAKTANDEN:

1. Protokoll.
2. Konstatierung der Zeichnung und der erfolgten Volleinzahlung der in der ordentlichen Generalversammlung vom 14. März 1929 beschlossenen Erhöhung des Aktienkapitals auf Fr. 1,000,000.
3. Statutenänderung.
4. Verschiedenes.

Die Stimmkarten können gegen Ausweis über den alten Aktienbesitz in unserem Bureau bezogen werden.

Am Tage der Versammlung werden keine Stimmkarten mehr ausgegeben.

Zürich, den 20. August 1929. 2694 i

Der Verwaltungsrat.

Vereinigte Leinenwebereien
Worb und Scheitlin & Co. A.-G. Burgdorf

Coupon Nr. 16

der Aktien unserer Gesellschaft wird durch die **Kantonalbank von Bern in Bern** und die **Bank in Burgdorf** (947 R) *2701

mit Fr. 35.— netto

eingelöst.

Burgdorf, 17. August 1929.

Worb & Scheitlin A.-G.: **Der Verwaltungsrat.**

S. A. Fabrique de Tire-Nerfs Le Sphinx, La Chaux-de-Fonds

Assemblée extraordinaire des actionnaires le 31 août 1929, à 14 heures, au siège de la Société, 1, Rue Fritz Courvoisier. *2698

Ordre du jour: Démission de l'administrateur. Divers.

Buch- und Kunstverlag Carl Hirsch A. G. Zollikon bei Zürich

Einladung zur ordentlichen Generalversammlung

auf Samstag den 31. August 1929, nachmittags 5 Uhr, im Hotel Krone in Wangen a. d. Aare

Traktanden: 1. Entgegennahme des Geschäftsberichtes für das zweiundzwanzigste Betriebsjahr, sowie des Berichtes der Revisoren. 2. Abnahme der Bilanz, sowie der Gewinn- und Verlustrechnung für das zweiundzwanzigste Betriebsjahr. 3. Decharge-Erteilung an den Verwaltungsrat, an den Delegierten des Verwaltungsrates und an den Direktor. 4. Wahlen. (O F 43281 Z) *2695

Aktionäre, welche ihre Aktien in der Generalversammlung selbst oder durch einen anderen Aktionär vertreten lassen wollen, haben diese Aktien bis zum 27. August 1929 am Sitze der Gesellschaft Zollikon bei Zürich, Zollikerstrasse 92, oder in unserer Niederlassung in Konstanz zu deponieren. Auf Grund dieser Deponierung erhalten sie Zutrittskarten, welche auf den Namen lauten.

Zollikon bei Zürich, den 20. August 1929. **Der Verwaltungsrat.**

Centra
Handels- und Industrie A.-G., Chur

Einladung zur ausserordentl. Generalversammlung der Aktionäre

auf **Dienstag, den 3. September 1929, vormittags 11½ Uhr, im Kontor der Michelmotor-Gesellschaft m. b. H., Hamburg, Rathausmarkt 8, I.**

TRAKTANDEN:

1. Bericht über den Fortgang des Unternehmens.
2. Weitere Kapitalbeschaffung.
3. Allgemeine Umfrage. (3031 G) '2708

Stimmberechtigt sind diejenigen Aktionäre, die ihre Aktien bis Samstag den 31. August 1929, bei der Michelmotor-Gesellschaft m. b. H. gegen eine entsprechende Stimmkarte hinterlegt haben.

Die Geschäftsführung.

Société du Gaz de la Plaine du Rhône

Le conseil d'administration convoque les actionnaires de la société en:

assemblée générale ordinaire

pour le **jeudi 5 septembre 1929, à 11 heures, à l'Hôtel de Ville d'Aigle,** 1er étage, avec l'**ordre du jour** suivant:

1. Lecture du rapport du conseil d'administration.
2. Lecture du rapport des contrôleurs.
3. Discussion et votation sur les conclusions de ces rapports, fixation du dividende.
4. Ratification de la convention passée avec la commune de Roche.
5. Pouvoirs au conseil pour la mise en vigueur d'une convention à passer éventuellement avec la commune d'Ollon.
6. Election d'un membre du conseil d'administration.
7. Election des contrôleurs.
8. Propositions individuelles.

Le bilan, le compte de profits et pertes et le rapport des contrôleurs sont à la disposition des actionnaires aux bureaux de la Société, Avenue de Plan 33, à Vevey, où les cartes d'admission à l'assemblée peuvent être obtenues. 2693 i

Buchdruckerei FRITZ POCHON-JENT in Bern — Imprimerie FRITZ POCHON-JENT à Berne